

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Arif Taşdelen

Abg. Thomas Huber

Abg. Claudia Stamm

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Christine Kamm

Abg. Tobias Reiß

Abg. Mechthilde Wittmann

Abg. Angelika Weikert

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Joachim Hanisch

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Bericht

der Enquete-Kommission des Bayerischen Landtags "Integration in Bayern aktiv gestalten und Richtung geben" (Drs. 17/22800)

Ich begrüße dazu auf der Ehrentribüne sehr herzlich die sachverständigen nichtparlamentarischen Mitglieder der Enquete-Kommission: Frau Mitra Sharifi-Neystanak, Herrn Dr. Frank Gesemann, Herrn Prof. Günther Goth, Herrn Regierungspräsident a. D. Heinz Grunwald, Herrn Eugen Hain, Herrn Landrat Thomas Karmasin, Herrn Michael Stenger und Herrn Prof. Dr. Georges Tamer. Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Ich danke Ihnen ganz herzlich im Namen des gesamten Hauses für Ihre Mitarbeit in dieser Enquete-Kommission.

Bevor ich die Aussprache eröffne, ein kurzer Hinweis zu den Redezeiten. Im Ältestenrat wurde für die Aussprache zum Bericht eine Gesamtredezeit der Fraktionen von 96 Minuten vereinbart. Darüber hinaus erhalten die beiden Vorsitzenden jeweils fünf Minuten zusätzliche Redezeit für ihre Berichterstattung zum Verfahren und Ablauf der Kommission. Beide Vorsitzenden werden zu Beginn berichten, danach erfolgt dann die allgemeine Aussprache. Die Redezeiten betragen demnach 32 Minuten für die CSU-Fraktion, 24 Minuten für die SPD-Fraktion und jeweils 20 Minuten für die Fraktionen FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die fraktionslosen Abgeordneten Frau Claudia Stamm, Herr Felbinger und Herr Muthmann können bis zu vier Minuten sprechen. Die Redezeit der Staatsregierung beträgt 32 Minuten.

Ich eröffne nun die Aussprache und erteile für den Bericht als erstem Redner dem Vorsitzenden der Enquete-Kommission, Herrn Kollegen Arif Taşdelen, das Wort. Bitte schön, Herr Taşdelen.

Arif Taşdelen (SPD): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir werden, wie auch Sie, Frau Präsidentin, angemerkt haben, die Tradition der Enquete-Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse" weiterführen, indem wir die Redezeit für den Vorsitzenden aufteilen, sodass ich maximal fünf Minuten reden werde. Die übrigen fünf Minuten wird der stellvertretende Vorsitzende Thomas Huber in Anspruch nehmen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bayerische Landtag hat im Juli 2016 die Einsetzung der Enquete-Kommission "Integration in Bayern aktiv gestalten und Richtung geben" beschlossen. Das 19-köpfige Gremium, dem zehn Landtagsabgeordnete und neun Sachverständige angehören, hat am 21. Juli 2016 seine Arbeit aufgenommen.

Jede fünfte Einwohnerin, jeder fünfte Einwohner in Bayern hat einen Migrationshintergrund, ist also entweder aus dem Ausland zugewandert oder stammt von Zuwanderern ab. Deshalb ist und bleibt Integration eine wichtige Aufgabe für Bayern. Die Zukunftsfähigkeit Bayerns hängt auch davon ab, wie wir diese Aufgabe annehmen.

Gemeinsam mit den Mitgliedern der Enquete-Kommission und externen Expertinnen und Experten haben wir zwei Jahre lang in regelmäßigen Sitzungen über folgende Themenfelder diskutiert: "Sprache, Erziehung, Bildung", "Gesellschaftliche und politische Partizipation", "Antidiskriminierung und Antirassismus", "Wirtschaft und Arbeitsmarkt", "Wohnen und Stadtentwicklung", "Gesundheit und Pflege", "Religion und Weltanschauung", "Gleichstellung", "Kultur und Medien", "Integrationsbereitschaft, Integrationsrichtung, Leitkultur" und "Kommunales".

Ich danke allen Mitgliedern der Enquete-Kommission ausdrücklich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit, was aber nicht heißt, dass wir immer einer Meinung waren. Herzlichen Dank an die Mitglieder der Enquete-Kommission. Das sind: Frau Landtagspräsidentin Stamm, unser stellvertretender Vorsitzender Herr Huber, ein ganz besonderer Dank auch an Herrn Kollegen Zellmeier – er war bis April 2018 stellvertretender

Vorsitzender der Enquete-Kommission, dann wurde er zum Staatssekretär befördert –, Kollegin Weikert, Kollegin Kamm, Kollegin Müller, Kollegin Bause – mittlerweile Mitglied des Deutschen Bundestages –, Kollegin Kaniber – zur Staatsministerin befördert –, Kollege Blume, Kollege Dünkel, Kollege Fahn, Kollege Reiß, Kollege Neumeyer.

Ein großer Dank geht auch an alle stellvertretenden Mitglieder, die immer wieder an den Sitzungen teilgenommen haben. Das sind: Kollegin Schorer-Dremel, Kollegin Trautner, Kollege Rosenthal, Kollege Hölzl, Kollege Fackler, Kollege Schalk, Kollege Prof. Dr. Waschler und Kollege Hanisch.

Mein besonderer Dank geht an die Expertinnen und Experten unserer Enquete-Kommission. Herzlichen Dank an Frau Prof. Dr. Bendel, Frau Mitra Sharifi-Neystanak, Herrn Prof. Günther Goth, Herrn Thomas Karmasin, Herrn Heinz Grunwald, Herrn Eugen Hain, Herrn Prof. Dr. Georges Tamer, Herrn Michael Stenger, Herrn Dr. Frank Gesemann.

Liebe Expertinnen und Experten, wir Abgeordneten wären ohne Sie und Ihr Fachwissen oftmals aufgeschmissen.

(Allgemeiner Beifall)

Herzlichen Dank auch an die Staatsregierung für ihre Berichte im Vorfeld der Sitzungen der Enquete-Kommission. Ein ganz besonderer Dank geht an Herrn Schäfer, Frau Welte, Frau Jarawan, unsere Offiziantin Frau Schweimer, den Stenografischen Dienst, der bei den Sitzungen wirklich eine ganz große Herausforderung meistern musste. Liebe Angelika Weikert, du wirst es bezeugen, lieber Thomas Huber, die größte Herausforderung war tatsächlich, die verschiedenen Geschwindigkeiten der Reden etc. so gut und auch so schnell zusammenzufassen. Wir haben teilweise in dieser Enquete-Kommission tatsächlich auch mal vergessen, eine Pause zu machen, sodass wir zum Teil vier Stunden nonstop getagt haben – und der Stenografische Dienst ist trotzdem mitgekommen.

(Allgemeiner Beifall)

Natürlich auch ein herzliches Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen. Allen Genannten ist zu verdanken, dass die Enquete-Kommission immer reibungslos ablief und organisatorisch in den besten Händen lag. Ich danke ganz herzlich.

(Allgemeiner Beifall)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Taşdelen für den ersten Teil des Berichts. – Den zweiten Teil werden wir jetzt vom Herrn Kollegen Thomas Huber hören. Bitte schön, Herr Huber.

Thomas Huber (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In Ergänzung zu den Worten des Vorsitzenden, lieber Arif Taşdelen, möchte ich sagen: Das Werk ist vollbracht. Das hört sich zwar etwas pathetisch an, aber einmal ehrlich: Wer hätte vor zwei Jahren bei der Einsetzung der Enquete-Kommission geglaubt, dass wir gemeinsam ein solches Ergebnis hinbekommen? – Ich schließe mich ganz herzlich den bereits geäußerten Dankesworten an.

Wir haben auf allen Ebenen und mit allen Beteiligten intensiv darüber diskutiert, was wir alles tun müssen, damit die Integration so vieler Menschen aus den unterschiedlichsten Kulturkreisen tatsächlich gelingen kann. Deshalb haben wir auch dem Antrag der SPD und der GRÜNEN auf Einsetzung einer entsprechenden Enquete-Kommission zugestimmt. Ich freue mich, dass wir Ihnen heute gemeinsam den Abschlussbericht der Enquete-Kommission "Integration in Bayern aktiv gestalten und Richtung geben" vorlegen können, die fast auf den Tag genau vor zwei Jahren, am 19. Juli 2016, vom Landtag eingesetzt wurde.

Wir haben uns nach intensiven und sehr kontroversen Diskussionen – lieber Arif, du hast das bereits gesagt – auf eine gemeinsame Einbringung und einen gemeinsamen Fragenkatalog mit den bereits von dir erwähnten elf zentralen Handlungsfeldern geei-

nigt. Wir haben uns als Enquete-Kommission sehr intensiv damit auseinandergesetzt. Insgesamt, glaube ich, waren es 28 Kommissionssitzungen, acht redaktionelle Sitzungen, und zu allen elf Themenfeldern des von uns nach langen und kontroversen Diskussionen dann doch noch gemeinsam erarbeiteten Fragenkatalogs hat die Enquete-Kommission Fachgespräche mit zusätzlichen externen Experten geführt; denn wie Sie wissen, besteht die Besonderheit einer Enquete-Kommission auch darin, dass ihr nicht nur parlamentarische Mitglieder angehören, sondern auch Experten, die gleichermaßen stimmberechtigt sind.

Ich schließe mich den Dankesworten meines Kollegen an. Ich möchte mich an dieser Stelle als stellvertretender Vorsitzender jetzt für die CSU-Fraktion explizit bei den von uns benannten Experten für die Mitarbeit in der Enquete-Kommission bedanken. Viele von ihnen sind heute anwesend, zum Beispiel der Regierungspräsident von Niederbayern a. D., Herr Heinz Grunwald. Vielen herzlichen Dank, Ihr juristischer Sachverständer brachte uns in jeder Sitzung einen Schritt weiter. Erfahrungen aus der Praxis einer Regierung waren für uns enorm wichtig. Ein herzliches Dankeschön geht auch an Prof. Goth, Vorstandsvorsitzender des Bildungswerks der Bayerischen Wirtschaft e. V., der die Perspektiven der Wirtschaft und auch des Mittelstands stets eingebracht hat. Danke auch Herrn Eugen Hain, ehemaliger Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Würzburg, ein Mann der Praxis aus einer Arbeitsagentur, was für uns enorm wichtig war. Natürlich gebührt auch ein Dankeschön dem Landrat des Landkreises Fürstfeldbruck, Thomas Karmasin, der wertvolle Erfahrungen als Landrat gerade aus der Zeit, als wir mit vielen Flüchtlingen zu tun hatten, eingebracht hat. Ein herzliches Vergelt's Gott Herrn Prof. Dr. Tamer, der uns als Inhaber des Lehrstuhls für Orientalische Philologie und Islamwissenschaft an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg wissenschaftlich begleitet hat. Ihnen allen, die Sie mit Ihrem Sachverständer die oft schwierigen Debatten enorm bereichert und uns in unserer Argumentation unterstützt haben, danke ich sehr herzlich.

Natürlich schließe ich in meinen Dank auch die seitens der Opposition benannten Experten ein, die uns an der einen oder anderen Stelle argumentativ zwar nicht immer gefolgt sind, aber die Diskussion natürlich enorm bereichert haben.

Ein herzliches Vergelts Gott auch an meinen Kollegen Josef Zellmeier, der die Enquete-Kommission bis zu seiner Berufung in die Staatsregierung als stellvertretender Vorsitzender mit geleitet hat und dessen Handschrift der Abschlussbericht maßgeblich mitträgt. Wie viel Arbeit und Zeitaufwand das bedeutet, sehe ich, seitdem ich sein Nachfolger bin.

Ich möchte ein herzliches Dankeschön natürlich auch allen Kolleginnen und Kollegen aus allen Fraktionen sagen, die in der Enquete-Kommission engagiert mitgearbeitet haben. Wir haben wirklich hartnäckig und kontrovers um gute Ideen für die Integration gerungen und uns auch nicht vor noch so schwierigen Themen gedrückt. Danke für die kollegiale Zusammenarbeit! Danke auch unseren Fraktionsmitarbeitern: für die CSU-Fraktion Frau Stefanie Ritthammer und Herrn Marlon Klein, die uns nicht nur begleitet, sondern die Sitzungen hervorragend und erfolgreich vorbereitet haben.

Last, but not least dir, lieber Arif Taşdelen, ein herzliches Dankeschön für die Leitung und dein persönliches Engagement, für die Leidenschaft und für die unverzichtbare Geduld, mit der du die Kommission geleitet hast. Ich freue mich jetzt auf die Aussprache.

(Allgemeiner Beifall)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Auch Ihnen, Herr Kollege Huber, herzlichen Dank für Ihre Ausführungen.

In die allgemeine Aussprache treten wir jetzt mit dem ersten Redner, Herrn Kollegen Taşdelen, ein. Bitte schön.

Arif Taşdelen (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Thomas Huber, danke für das Dankeschön. Tatsächlich war es teilweise eine große He-

rausforderung, verschiedene Interessen und verschiedene Meinungen in der Enquete-Kommission zusammenzubringen. Geduld war, glaube ich, nicht nur vom Vorsitzenden gefordert, sondern von allen Mitgliedern der Enquete-Kommission. Wir haben tatsächlich am Anfang ein bisschen miteinander gestritten, was in einer Enquete-Kommission auch völlig normal ist, wo externe Expertinnen und Experten mit Abgeordneten diskutieren und wo zusätzlich Expertinnen und Experten von außen für jede Sitzung und für jedes Themenfeld eingeladen werden. Diese Diskussionen mussten zusammengeführt werden. Es gab auch die Herausforderung, dass beispielsweise – das ist wirklich nur ein Beispiel – die CSU-Fraktion teilweise mit den Expertisen der Expertinnen und Experten, die von der CSU-Fraktion selbst benannt worden sind, am unzufriedensten war. Das haben wir am Schluss nach den Ausführungen festgestellt. Das war, glaube ich, in der Sitzung, in der es um Religion und Weltanschauung ging. Als Vorsitzender habe ich die CSU-Fraktion daran erinnert, dass es die von ihr zu dieser Sitzung eingeladenen Experten waren. Aber, lieber Thomas, das war vor deiner Zeit.

Integration gelingt in Bayern unterschiedlich gut. Dort, wo wir viele ehrenamtliche Helferinnen und Helfer haben, die sich für Integration interessieren, wo wir eine Stadtverwaltung und eine Stadtführung haben, die Integration als wichtiges Thema identifizieren und annehmen, hat Integration in der Vergangenheit gut funktioniert. Dort, wo zum einen die Ehrenamtlichen gefehlt haben, die dieses Thema vorantreiben, oder zum anderen die Stadtverwaltung oder die Stadtführung dieses Thema nicht unbedingt als allerwichtigstes Thema identifiziert hatten, ist Integration weniger gut gelungen.

Integration wurde, wenn Sie so wollen, bisher mehr oder weniger dem Zufall überlassen. Wir haben in Bayern keine regelmäßigen Berichte der Staatsregierung über die Erfolge und Fortschritte der Integration. Wir haben keinen bayernweiten Integrationsfahrplan und keine Integrationsstrategie für die nächsten Jahre oder Jahrzehnte. Wir wussten also nicht, wo wir in der Integrationsfrage stehen und wo wir hinwollen. Im Jahr 2015 hat die SPD-Fraktion ein Integrations- und Partizipationsgesetz eingebracht, das hier abgelehnt wurde. Das Integrationsgesetz der Staatsregierung, das

hier in diesem Hause verabschiedet wurde, dient unserer Meinung nach nicht dazu, Integration in Bayern zu gestalten. Mit dieser Meinung sind wir im Übrigen in dieser Republik nicht allein.

Deshalb bin ich froh, dass alle Fraktionen im Bayerischen Landtag für die Einsetzung der Enquete-Kommission gestimmt haben. Das hat uns die Möglichkeit gegeben, mit unseren Expertinnen und Experten in nichtöffentlichen Sitzungen offen und konstruktiv über die große Zukunftsaufgabe der Integration zu diskutieren. Die Sitzungen waren deswegen nichtöffentlich, weil wir bei den Sitzungen der Enquete-Kommission tatsächlich die Sachdebatte geführt haben. Unser Ziel war es, diese Debatte jenseits ideologischer Gesichtspunkte sachlich und fachlich zu führen. Das ist nicht immer gelungen. Wichtig ist aber, dass wir mit unseren Diskussionen in den Sitzungen die Integration vorangebracht haben, auch wenn es bei den verschiedenen Fraktionen bei diesem Thema unterschiedliche Meinungen gibt. Das ist völlig normal.

Kein Thema ist in diesem Hause so kontrovers diskutiert worden und wird vermutlich auch zukünftig so kontrovers diskutiert werden wie das Thema Integration. Wir hatten aber bei unseren Diskussionen nicht die Überschriften in den Zeitungen am nächsten Tag im Blick, sondern haben uns auf die Aufgabe konzentriert. Deshalb wurden die Sitzungen nichtöffentlich durchgeführt.

Dabei ging es uns nicht nur um die Menschen, die erst seit kurzer Zeit in Bayern leben. Uns ging es auch um die Menschen, die schon seit Jahrzehnten in Bayern leben. Wir müssen auch darüber sprechen, wie diese Menschen bessere Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt bekommen und wie sie sich politisch und gesellschaftlich stärker einbringen können. Im Grunde ging es um alle Menschen, da gelungene Integration allen zugutekommt. Wir haben deswegen darüber diskutiert, wie mehr Wohnraum geschaffen, wie Diskriminierung abgebaut werden und wie auch zukünftig ein friedliches Zusammenleben gelingen kann.

Die Enquete-Kommission hat uns wieder einmal gezeigt, wie wichtig es ist, dass bei der Integration alle am gleichen Strang ziehen. Manchmal wird an unterschiedlichen Enden des Strangs gezogen, aber wichtig ist, dass alle am gleichen Strang ziehen.

Nun zu den Ergebnissen der Arbeit unserer Enquete-Kommission. In den Sitzungen fanden viele konstruktive Diskussionen statt. Zum Austausch waren Expertinnen und Experten sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der ganzen Republik geladen. Diese lieferten einen wichtigen Beitrag zum Erfolg unserer Arbeit in der Kommission. Wir haben dabei erfolgreiche Integrationsprojekte aus der Praxis näher begutachtet. Ehrlicherweise muss jedoch auch gesagt werden, dass nicht alle Diskussionen in der Kommission konstruktiv verliefen. Insbesondere die Debatten über Grundsatzfragen der Integration und über die Leitkultur wurden leider, und auch verständlicherweise, sehr ideologisch geführt.

Kern der Debatte war weniger die Frage, wie Integration in Bayern gelingen kann, sondern vielmehr die Frage, welche Flüchtlinge Integrationsleistungen bekommen sollten und welche nicht, Stichwort Bleibeperspektive. Integrationsmaßnahmen von diesem rein verwaltungstechnischen Begriff abhängig zu machen, ist meiner Meinung nach zu kurz gedacht. Frau Kollegin Weikert wird zu diesem Thema weitere Ausführungen im Namen der SPD machen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir haben gemeinsam ein Bündel von Handlungsempfehlungen verabschiedet, von deren Umsetzung alle in Bayern profitieren werden. Insgesamt haben wir 354 Handlungsempfehlungen formuliert, von denen 158 von allen Fraktionen mitgetragen wurden. Das ist als ein großer Erfolg anzusehen.

(Beifall bei der SPD)

Ehrlicherweise muss ich aber auch sagen, dass die einstimmig beschlossenen Handlungsempfehlungen meist im Verhandlungsprozess abgeschwächt und geändert wurden, damit die CSU diese Handlungsempfehlungen auch akzeptierte. Diesen 158 Handlungsempfehlungen stehen 169 Handlungsempfehlungen gegenüber, die mit

Minderheitenvoten der SPD, der GRÜNEN oder der FREIEN WÄHLER aufgenommen wurden. Diese hohe Zahl von Minderheitenvoten verdeutlicht den mangelnden Kompromisswillen der CSU-Fraktion.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Insbesondere die Handlungsempfehlungen, mit denen die Staatsregierung zum Handeln aufgefordert wird, wurden von der CSU-Fraktion mit der Begründung abgelehnt, dass bereits eine Menge getan werde und kein weiterer Handlungsbedarf bestehe. Bei den Handlungsempfehlungen gab es auch Diskussionen über Formulierungen wie zum Beispiel "noch weiter fördern" oder "noch stärker ausbauen" usw. Damit wird der Anschein erweckt, dass bereits genug getan wird. Ganz ehrlich: Sprechen Sie einmal mit den vielen Ehrenamtlichen. Diese werden Ihnen sagen, dass das nicht der Fall ist, dass sie sich mehr Unterstützung wünschen und dass sie teilweise von uns im Stich gelassen werden.

Ich möchte an dieser Stelle den vielen Tausend ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern im Namen aller Fraktionen des Bayerischen Landtags – ich glaube, das darf ich sagen – ein herzliches Dankeschön für ihren unermüdlichen Einsatz aussprechen und dafür, dass sie Bayern lebens- und liebenswerter machen. Herzlichen Dank an alle Ehrenamtlichen!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Bezüglich der Zustimmung bzw. der Ablehnung der einzelnen Handlungsempfehlungen lässt sich bei der CSU-Fraktion keine inhaltliche Stringenz erkennen. Auf der einen Seite werden ein stärkerer Ausbau und eine höhere Taktung der Verbindungen von Bahn und ÖPNV zugunsten der besseren Anbindung des ländlichen Raums abgelehnt, auf der anderen Seite wird der Handlungsempfehlung zugestimmt, wonach Zuwanderer häufig auf den ÖPNV angewiesen sind und daher weitere Lösungen entwickelt werden müssen, um die allgemeine Mobilität zu optimieren.

Wenig konstruktiv sind unserer Meinung nach die Handlungsempfehlungen mit Mehrheitsvoten, die überwiegend mit den Stimmen der CSU und teilweise auch der FREIEN WÄHLER zustande gekommen sind. Ein paar Beispiele: Eine Handlungsempfehlung zielt auf die Einbürgerung nur bei klarer Entscheidung allein für die deutsche Staatsbürgerschaft, also die Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft. Das war eine Handlungsempfehlung der CSU-Fraktion.

In einer weiteren Handlungsempfehlung heißt es: Der Freistaat unterstützt die Kommunen bei der Integration bereits umfangreich. – Dies empfinden die Kommunen nicht so. Der Bayerische Städtetag kritisiert zu Recht: Die Kommunen schultern ihren Anteil überwiegend allein.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Eine Handlungsempfehlung lautet: "Um die Identifizierung der Migrantinnen und Migranten mit ihrem neuen Heimatland weiter zu unterstützen ..." sind "... das verpflichtende Lernen und regelmäßige Singen der ... Nationalhymne und der Bayernhymne in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen ... besonders geeignet."

(Thomas Huber (CSU): Wo ist das Problem?)

Liebe Schülerinnen, liebe Schüler, wenn diese Handlungsempfehlung tatsächlich umgesetzt wird, wisst ihr, was auf euch zukommt. Es geht also nicht nur um die Nationalhymne, sondern auch um die Bayernhymne. Wenn ich jetzt fragen würde, wer alles die Bayernhymne auswendig kann,

(Zurufe von der SPD: Zweite Strophe!)

fielen mehr als die Hälfte an dieser Stelle durch.

(Staatsminister Joachim Herrmann: Na, na, na! – Georg Rosenthal (SPD): Es gibt Wichtigeres!)

Konsens, das heißt übereinstimmende Meinungen, gab es sowohl bei konkreten als auch bei allgemeinen Handlungsmaßnahmen, die für die Migrantinnen und Migranten in Bayern eine große Hilfe darstellen. Konkrete Maßnahmen sind: Erstorientierungskurse sollen flächendeckend bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen angeboten werden. Die Aussetzung der Vorrangprüfung soll auf alle Arbeitsagenturbezirke in Bayern ausgeweitet werden.

Zu den allgemeinen Maßnahmen gehören zum Beispiel: Kleinere Gemeinschaftsunterkünfte sind grundsätzlich zu bevorzugen. Die Sensibilität für andere Kulturen und Religionen in allen gesellschaftlichen und staatlichen Bereichen ist zu fördern. Bürokratische Hürden, die ein großes Hemmnis bei der Arbeitsmarktintegration darstellen, sind abzubauen. Außerschulische Bildungsangebote, Umweltbildung, Kunstprojekte etc. für Zugewanderte sollen gestärkt und ausgebaut werden. In allen weiterführenden Schulen müssen Kinder mit Migrationshintergrund weiterhin und gezielt beim Spracherwerb gefördert werden.

(Der Redner hält den Bericht der Enquete-Kommission in die Höhe)

Jetzt fliegt mir alles um die Ohren; aber den Bericht der Enquete-Kommission, der 316 Seiten umfasst, weil wir auch viele Statistiken, Diagramme und Berichte der Staatsregierung aufgenommen haben, wollte ich Ihnen einmal gezeigt haben. Die Exemplare haben wir vor zweieinhalb Stunden druckfrisch bekommen.

Als SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag verstehen wir die im Abschlussbericht festgehaltenen Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen als einen zentralen Auftrag an den Bayerischen Landtag und die Staatsregierung. Wir erwarten, dass die Handlungsempfehlungen als Maßgabe die künftige Integrations- und Migrationspolitik in Bayern bestimmen und dass die Empfehlungen, auf die sich alle Fraktionen verständigt haben, schnellstmöglich umgesetzt werden. Auf der Basis der Erkenntnisse der Enquete-Kommission muss der Gesetzgeber folglich ein neues Partizipations- und Inte-

grationsgesetz verabschieden, das nicht reine Symbolpolitik ist. Wir brauchen ein Gesetz, das nicht spaltet, sondern das Menschen zusammenführt.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, abschließend möchte ich, weil meine Redezeit zu Ende ist und Frau Weikert weitere Ausführungen machen wird, eine persönliche Bemerkung zu den aktuellen Diskussionen loswerden. Ich bin der Meinung, dass wir über das Thema Integration und Migration und alles, was dazugehört, hier im Hohen Haus diskutieren sollten und dass wir auf Äußerungen, die die Presselandschaft draußen bestimmen und die in der Bevölkerung teilweise Ängste und Unverständnis schüren, verzichten sollten. Dieses Parlament ist der richtige Ort, wo wir diese für alle in Bayern wichtigen Fragen zu beantworten haben. Ich lade Sie alle ein, diese Diskussionen nur in diesem Hohen Haus zu führen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Taşdelen. – Nun erteile ich nochmals Herrn Kollegen Thomas Huber das Wort. Bitte schön, Herr Huber.

Thomas Huber (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wie Sie wissen, hat uns in dieser Legislaturperiode wohl kein Thema so intensiv beschäftigt wie die Integration der Menschen, die in den vergangenen Jahren aus zahlreichen Ländern Asiens, Afrikas und Europas zu uns gekommen sind, und zwar in einer Größenordnung, die sich zu Beginn dieser Legislaturperiode wohl niemand auch nur annähernd vorstellen konnte. Die intensiven und sehr kontroversen Diskussionen, die wir in diesem Plenarsaal, aber auch in der Enquete-Kommission geführt haben, waren wichtig und notwendig, weil das Thema Flüchtlinge, Migration und Integration die Menschen in Bayern seit dem Jahr 2015 ganz besonders bewegt. Die Menschen erwarten daher von uns, dass wir überzeugende Antworten geben. Genau das tun wir, und zwar – das sage ich auch in Richtung meiner CSU-Fraktion – von Anfang an, nicht erst seit Einsetzung der Kommission.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte nur stichpunktartig die vier Säulen unserer CSU-Flüchtlingspolitik wiedergeben: Säule 1 – Humanität. Säule 2 – Integration. Säule 3 – Begrenzung, um Säule 2 möglich zu machen. Säule 4 – Bekämpfung der Fluchtursachen.

Ich beziehe mich jetzt auf Säule 2, weil es heute um dieses Thema geht.

Wir in Bayern können auf eine jahrzehntelange, außerordentlich erfolgreiche Integration zurückblicken. Lieber Kollege Arif Taşdelen, dies ist uns auch ohne Integrationsfahrplan gelungen, den ihr vor zwei Jahren – ich weiß nicht mehr genau, wann – vorgeschlagen habt. Das beweist, dass wir diesen nicht brauchten.

Zahlreiche Menschen mit Migrationshintergrund haben sich in den vergangenen Jahrzehnten in unsere Gesellschaft eingebracht. Deshalb ist Bayern das Bundesland mit der höchsten Erwerbstätigenquote von Menschen mit Migrationshintergrund. Im Jahresdurchschnitt 2016 waren es 71,5 %; der Bundesdurchschnitt lag bei 64,5 %. Bayernweit hat mehr als jeder Fünfte einen Migrationshintergrund. Das sind insgesamt rund drei Millionen Menschen. Damit gehört Bayern im Vergleich zu den Ländern mit einem durchschnittlichen Migrationsanteil. In Bayern beträgt dieser 22,9 %, in Deutschland insgesamt 22,5 %. Mit ihren Begabungen und ihrer Leistungsbereitschaft haben sie unser Land, unsere Gemeinschaft, unsere Gesellschaft enorm bereichert. Dafür möchte ich allen sehr herzlich danken.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit dem Jahr 2015 stehen wir allerdings vor der enormen Herausforderung, diese großen Leistungen zu wiederholen – freilich unter ganz anderen Rahmenbedingungen, unter ganz anderem Zeitdruck und in einer ganz anderen Größenordnung. Wir haben aber den festen Willen, auch diejenigen Menschen, die erst vor Kurzem zu uns gekommen sind, bei uns erfolgreich zu integrieren. Gleiches gilt für diejenigen, die noch zu uns kommen werden und bei denen absehbar

ist, dass sie dauerhaft bleiben dürfen. Wir müssen die Integration dieser Menschen erfolgreich bewältigen, um unser Land vor tiefen gesellschaftlichen Gräben und sozialen Konflikten zu bewahren. Das schaffen wir nur mit einer Flüchtlingspolitik, die die Realitäten anerkennt und das eigene Leistungsvermögen realistisch einschätzt. Meine Damen und Herren, liebe Kollegen, weltweit sind 65 Millionen bis 70 Millionen Menschen auf der Flucht. Sie alle können wir unmöglich aufnehmen, schon gar nicht diejenigen, die keinen Anspruch auf unseren Schutz haben.

Damit Bayern das Land der gelingenden Integration bleibt, ist eine Begrenzung der Zuwanderung – ich verweise auf die dritte vorhin genannte Säule – zwingend nötig; denn kein Land hält unbegrenzten Zuzug auf Dauer aus. Niemand anders als unser Altbundespräsident Joachim Gauck hat diese Herausforderung besser beschrieben, als er sagte: Das Herz ist weit, aber die Ressourcen sind begrenzt. – Mit "Ressourcen" meinte er sicherlich nicht nur das Geld, sondern auch die Belastbarkeitsgrenze unserer Bevölkerung sowie die Ressourcen Zeit, Raum und Mobilität.

Meine Damen und Herren, Bayern hat einen klaren Kurs. Integration ist keine Einbahnstraße, sondern lebt und wächst aufgrund eines Miteinanders aller beteiligten Personen, und sie basiert auf einem gegenseitigen Geben und Nehmen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wie Sie alle wissen, haben wir die gesetzliche Grundlage mit dem Bayerischen Integrationsgesetz dafür geschaffen. Es spaltet nicht, lieber Kollege Arif Taşdelen, sondern beschreibt den Grundsatz des Förderns und Forderns. Dieser Grundsatz spaltet nicht, sondern er führt zusammen. Wir fordern von denen, die zu uns kommen, sich zu integrieren, und wir fördern diejenigen, die dazu bereit sind. Wir fordern, dass die Menschen, die nach Bayern kommen, alle bindenden Forderungen unserer Rechts- und Werteordnung akzeptieren, mittragen und als den für sie nun verbindlich geltenden Maßstab annehmen.

Wir haben übrigens im Gegensatz zu anderen deutschen Ländern und auch im Gegensatz zur Bundesregierung schon sehr frühzeitig auf den enormen Anstieg der

Flüchtlingszahlen vor drei Jahren reagiert und schon im Herbst 2015 mit dem bundesweit einmaligen Integrationskonzept "Zusammenhalt fördern, Integration stärken" allein für das Jahr 2016 noch zusätzliche Landesmittel in Höhe von circa 550 Millionen Euro bereitgestellt. Im Doppelhaushalt 2017/2018 stehen für den Bereich der Integration Landesmittel in Höhe von rund 1,9 Milliarden Euro bereit, mehr als in jedem anderen deutschen Bundesland.

Ich darf einen Vergleich anstellen, auch wenn Sie mir gleich sagen werden, dass man das nicht vergleichen kann – das stimmt; das kann man auch nicht eins zu eins vergleichen. Bei einem Blick in die Haushalte von Baden-Württemberg für 2017 bis 2019 habe ich für Integration 320 Millionen Euro gefunden.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

– Ich habe gerade gesagt, Kollegin Kamm, dass man das nicht eins zu eins vergleichen kann. Ich sehe mir aber allein diese zwei großen Hausnummern und die Zahlen des Freistaats Bayern insgesamt an. Für die Aufnahme von Asylbewerbern und die Integration von 2015 bis 2018 bringen wir 9 Milliarden Euro auf. Auch deshalb ist Fakt: Bayern ist bei der Integration in Deutschland Spitze, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

Bayern fördert auch die Integration in vielen Bereichen erfolgreich. Ich nenne nur beispielhaft die 30 % höhere Förderung von Migrantenkindern in Kindertageseinrichtungen sowie die Förderung bei der Integration in den Arbeitsmarkt. Ich sehe die Vereinbarung der Staatsregierung vom Oktober 2015, die Integration durch Ausbildung und Arbeit hieß.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Ausbildung und Abschiebung!)

Darin haben wir uns das Ziel gesetzt, bis 2019 60.000 Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wir haben jetzt, zwei Jahre nach Unterzeichnung, fast 118.000 Menschen in Praktika, in Ausbildungsverhältnisse und in den Arbeitsmarkt vermittelt.

(Christine Kamm (GRÜNE): Das haben die Unternehmen gemacht, nicht Sie!)

Deshalb hat der Freistaat Bayern im Integrationsgesetz, das die Opposition, liebe Frau Kollegin, mit allen Mitteln zu verhindern versucht hat, den Grundsatz des Förderns und Forderns verbindlich festgelegt.

(Angelika Weikert (SPD): Dadurch sind die nicht in Ausbildung gekommen!)

– Fördern und Fordern, liebe Kollegin Weikert.

Die Enquete-Kommission Integration hat zu den bereits genannten elf zentralen Handlungsfeldern nach langen und kontroversen Diskussionen eine Menge von Vorschlägen zu Handlungsfeldern – du hast es beschrieben – sogar einstimmig, aber auch mehrheitlich beschlossen, unter anderem zum Handlungsfeld 1 – ich mache das jetzt im Stakkato – "Sprache, Erziehung und Bildung". Das ist aus unserer Sicht ein ganz wichtiges Kapitel, in dem wir festgeschrieben haben, dass Bildung erste Priorität hat, im Übrigen nicht nur für junge Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung, sondern auch für die eigenen Bürgerinnen und Bürger, die hier geboren sind und aufwachsen. Dem Anspruch auf Bildung steht die Verpflichtung gegenüber, Bildungsangebote wahrzunehmen. Darauf legen wir auch großen Wert; da sind wir wieder beim Fördern und Fordern.

Bildung muss auch als Entwicklungshilfe verstanden werden. Auch darauf haben wir uns verständigt. Demokratieerziehung und Bildung sollen frühzeitig gefördert werden – Stichpunkt: Integrationsklassen. Die Bildungsberatung soll insbesondere Informationen zum Mehrwert des dualen Ausbildungssystems vermitteln, um das wir weltweit beneidet werden. Gerade das duale Ausbildungssystem, die Berufsausbildung, ist das Integrationsinstrument schlechthin.

Deutsch als Zweitsprache soll ausgebaut werden. Wir konnten uns zwar nicht gemeinsam, aber mehrheitlich darauf verständigen, dass berufsbegleitende Sprachangebote abhängig von der Bleibeperspektive ausgebaut werden sollen und auch die Vermittlung der deutschen Kultur und der in Deutschland geltenden Werte im Rahmen der In-

tegrations- und Sprachkurse stattfinden soll mit dem Ziel, die Integration in den deutschen Kulturkreis zu fördern.

Beim Handlungsfeld "Gesellschaftliche und politische Partizipation" haben wir uns darauf verständigt, dass es für die Partizipation an der Gesellschaft und die Identifizierung mit Deutschland einerseits Angebote des Staates braucht – wir wissen, dass es eine Menge von Angeboten des Staates gibt –; es braucht aber auch die Anstrengungen der Migrantinnen und Migranten. Wir haben auf der einen Seite natürlich viele Integrationskurse und Sprachkurse, die wir ausbauen – darauf haben wir uns auch verständigt – und auch immer wieder anpassen müssen. Wir haben zahlreiche Modellprojekte für junge Familien, für Frauen, für Jugendliche – ich nenne als Stichwort HEROES – zur Wertevermittlung. Gerade zur Vermittlung unserer Werte braucht es das tatsächliche Erfahren im täglichen Leben. Dafür ist es hilfreich, wenn Migranten insbesondere in Vereinen und im Ehrenamt mitwirken, was vielerorts wunderbar funktioniert.

Zur Stärkung der politischen Partizipation – darauf haben wir uns auch verständigt –, sollten Programme und Methoden entwickelt werden, um mehr Menschen mit Migrationshintergrund für die Mitarbeit in etablierten politischen Parteien zu gewinnen. Ich finde das einen ganz wichtigen Ansatz.

Beim Handlungsfeld "Antidiskriminierung und Antirassismus" sind wir uns einig, dass Diskriminierung und Rassismus in keiner Form Platz in unserer Gesellschaft haben dürfen.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

– Das steht in unserem Bericht, liebe Frau Kollegin – Handlungsfeld 3, erster Punkt –

(Markus Rinderspacher (SPD): Papier ist geduldig!)

als einstimmiger Beschluss. Darüber bin ich froh. Sie wollen doch nicht infrage stellen, dass Sie das unterstützen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Nein, ich stelle etwas anderes infrage!)

Diskriminierung und Rassismus muss von staatlicher Seite mit einer Null-Toleranz-Haltung begegnet werden. Auch das steht in den Handlungsempfehlungen. Wir müssen alles tun, um Ghettoisierung und Segregation zu verhindern. Wir brauchen deswegen eine ausgewogene Siedlungsstruktur sowohl in den Ballungsräumen als auch in den ländlichen Regionen, lieber Kollege Taşdelen; du hast vorher gesagt, dass keine inhaltliche Stringenz zum Beispiel beim Ausbau des ÖPNV oder auch im Wohnungsbau zu erkennen sei. Wir sind für den Ausbau der Infrastruktur. Meine Fraktion startet ständig Initiativen, um den ÖPNV und die Infrastruktur zu verbessern. Wir machen das aber nicht nur für die Menschen, die neu zu uns kommen, sondern für alle Menschen, die hier leben. Wir machen keine Unterscheidung, wer den ÖPNV nutzt.

(Arif Taşdelen (SPD): Ich auch nicht!)

Projekte an Schulen zur Stärkung der Demokratie und zur Auseinandersetzung mit Extremismus oder Rassismus müssen weiter unterstützt werden. Auch das steht im Bericht. Unsere Rechts- und Werteordnung mit den darin formulierten Freiheitsrechten muss positiv als gesellschaftliches Gegenmodell zur Abschottung und zu Parallelgesellschaften vermittelt und gelebt werden.

Zum Themenbereich "Wirtschaft und Arbeitsmarkt" hat es Fachgespräche gegeben. Die Beratungen zu diesem Themenfeld waren geprägt – Sie erinnern sich – von kontroversen Diskussionen zur bundesweiten 3-plus-2-Regelung. Ich bin froh, dass es auch in der Großen Koalition zu einer Einigung gekommen ist, dass die 3+2-Regelung für Auszubildende bundesweit einheitlich angewendet werden soll.

(Angelika Weikert (SPD): Und wo ist der Gesetzentwurf des Innenministers?)

– Das Problem einer bundesweiten Regelung, Frau Kollegin, haben wir im Sozialausschuss schon ständig rauf und runter diskutiert.

(Angelika Weikert (SPD): Wo ist der Gesetzentwurf des Innenministers? – Zuruf von den GRÜNEN)

Die Kompetenzfeststellung von Asylbewerbern mit guter Bleibeperspektive muss flächendeckend frühzeitig möglich sein, um die Integration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

– Auch das war ein einstimmiger Beschluss, Frau Kollegin, also auch mit Stimmen der SPD und der GRÜNEN.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Die Verfahren zur Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse wollen wir weiter verbessern, und auch das Angebot möglicher Teilqualifizierungen wollen wir weiter ausbauen. Wir sind uns auch einig, dass die für die Dauer von drei Jahren beschlossene Aussetzung der Vorrangprüfung auf alle Arbeitsagenturbezirke Bayerns ausgeweitet werden soll. Dadurch wird der Zugang für Asylbewerber zu Zeitarbeit schnell ermöglicht.

(Angelika Weikert (SPD): Aber angeordnet haben wir es noch nicht!)

Ich kann mich noch sehr gut an die Diskussion erinnern. Das war insbesondere unseren Experten wichtig,

(Angelika Weikert (SPD): Ja!)

weil ihre Praxiserfahrung zeigt, dass die Vorrangprüfung bei der aktuellen Arbeitsmarktlage tatsächlich unproblematisch sein könnte.

(Angelika Weikert (SPD): Und wo bleibt die Anordnung aus dem Ministerium?)

Ich danke auch unserem Innenminister ganz herzlich, der vorgestern zur ersten Integrationskonferenz zum Themengebiet "Integration in Arbeit" eingeladen hat. Lieber Herr

Innenminister, vielen Dank, das ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, dass Asylbewerber, die bislang vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, eine sinnstiftende Tätigkeit ausüben dürfen. Hier haben wir noch Weiterentwicklungsmöglichkeiten.

Ich komme zu Punkt fünf "Wohnen und Stadtentwicklung". Das ist ein ganz wichtiger Bereich. Bezahlbarer und ausreichender Wohnraum für alle Bürger ist ein zentraler Erfolgsfaktor für die Integration und Teil einer gerechten Sozialpolitik. Die Schaffung steuerlicher Anreize für den Bau kostengünstiger Miet- und Betriebswohnungen ist auch ein Punkt von uns. Das ist jetzt Gott sei Dank auch in Berlin ein Thema und steht im Koalitionsvertrag.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, um Segregation zu vermeiden, darf Wohnungsbau nicht einseitig für bestimmte Gruppen erfolgen, sondern es müssen gemischte Quartiere angestrebt werden. Ich erinnere mich noch an das Fachgespräch mit dem Bauamtsleiter oder Baudirektor – ich weiß nicht, welchen Titel er hat – aus Nürnberg, der uns hier aus seinen Erfahrungen

(Angelika Weikert (SPD): Der Herr Ulrich, genau!)

– richtig, Herr Ulrich – berichtet hat. Die Empfehlung an die Städte und Gemeinden, ein systemisches Flächen- und Leerstandsmanagement einzuführen, ist ein positives Beispiel. Das haben wir auch von der Allianz Hofheimer Land gehört. Das finde ich sehr gut.

Ich komme zum Themengebiet "Religion und Weltanschauung". Da haben wir in der Tat die größten Diskussionen geführt. Wie im LehrplanPLUS vorgesehen, sollen bereits in Kindertageseinrichtungen und in der Schule Kenntnisse über die eigene Religion wie auch Einblicke in andere Weltreligionen vermittelt werden. Das steigert die Fähigkeit, differenziert und tolerant mit religiösen Überzeugungen und Weltanschauungen umzugehen. Wir sind uns einig, dass Religionsfeindlichkeit in jeder Form auch durch Präventionsarbeit mit einem Ausbau der Informationsangebote entgegen gewirkt werden muss.

Zum Extremismus habe ich schon etwas gesagt. Flächendeckende Angebote sind nötig, um die grundlegenden Prinzipien der deutschen Rechts- und Werteordnung verständlich zu vermitteln.

Ich erinnere mich an die sehr kontroverse Diskussion vom 19. Oktober zum Thema Leitkultur. Lieber Kollege Taşdelen, mich hat überrascht, dass ausgerechnet Ihr Experte, Prof. Dr. Nida-Rümelin, der von der SPD benannte Experte, sich klar zur Leitkultur positioniert hat.

(Angelika Weikert (SPD): Nein, das stimmt nicht!)

– Doch, ich habe das Protokoll dabei. Ich kann es Ihnen hernach vorlesen. – Wir sind der Meinung, dass das Thema "Leitkultur in Bayern" die Basis für Integration und ein friedliches Miteinander bildet.

"Gleichstellung" ist ein ganz wichtiges Kapitel, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Gleichstellung von Männern und Frauen gehört zu den grundlegenden demokratischen Werten unserer Gesellschaft. Daher gilt es, in allen Bildungseinrichtungen allen Kindern und Erwachsenen zu vermitteln, dass Frauen und Männer gleichwertig und gleichberechtigt sind. Gerade Frauen und insbesondere Müttern kommt bei der Integration eine Schlüsselrolle zu. Daher müssen sie in ihren Integrationsanstrengungen beim Spracherwerb, im Alltag und bei der Ausbildung bestmöglich unterstützt werden. Da gibt es das eine oder andere Fördermodellprojekt.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich komme zum Bereich "Kultur und Medien". Gerade Medienangebote können geeignet sein, um wichtige Informationen schnell, unkompliziert und kostenlos zu verbreiten. Die Möglichkeiten der neuen Medien müssen konsequent genutzt und weiterentwickelt werden. Zum Beispiel die App "Ankommen", die Informationen über das Leben und die Kultur in Deutschland, Informationen zur Ausbildung und Arbeit sowie einen Sprachkurs bietet, kann hier vorbildhaft sein. Um die Medienangebote noch gezielter entwickeln zu können, sollte die Forschung im Bereich Mediennutzung insbesondere bei Migranten ausgeweitet werden. Last, but not least:

Die Angebote in Rundfunk und Telemedien des Bayerischen Rundfunks sollten bei ihrer Programmgestaltung die Vermittlung der deutschen Sprache und der Leitkultur angemessen berücksichtigen.

Jetzt bin ich sozusagen beim Thema Integrationsbereitschaft und Leitkultur, liebe Kolleginnen und Kollegen. Integration ist ein Prozess, der auf Gegenseitigkeit beruht. Da sind wir uns einig. Daher muss die Integrationsbereitschaft der Aufnahmegesellschaft wie der Zugewanderten unterstützt und eingefordert werden. Die Verbindlichkeit unserer Grund- und Menschenrechte wie auch unserer Werte muss allen Migranten vermittelt werden. Dabei ist ein bloßer Verweis auf das Grundgesetz und die Bayerische Verfassung zu kurz gegriffen. Auch das ist eine einstimmige Festlegung in unserem Bericht. Unsere Leitkultur umfasst nicht nur normative Werte, sondern auch Sitten, Bräuche und Traditionen, die sich nicht in Gesetzen wiederfinden. Die Leitkultur, wie sie in der Präambel unseres Integrationsgesetzes definiert ist, gibt Ziele und Rahmen für die Integration vor und muss Maßstab für die staatlichen integrationspolitischen Maßnahmen und Angebote sein. Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration sind aber die individuelle Bereitschaft und der Wille der Migranten dazu. Aufgabe des Aufnahmelandes ist es, entsprechende Angebote zu schaffen, was wir tun, und die Motivation zur Integration zu fördern. Fehlender Integrationsbereitschaft muss aber auch mit Sanktionen begegnet werden können. Auch das steht in dem Gesetz.

Meine Damen und Herren, zu dem Thema "Kommunales" sage ich auch als aktiver Kommunalpolitiker in meiner Heimatstadt und in meinem Heimatlandkreis zusammenfassend: Integration kann nur gelingen, wenn sie von unten nach oben erfolgt, also in den Kommunen beginnt. Hier haben wir zusammen mit unseren Vertretern aus der Kommunalpolitik gute Vorschläge gemacht.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich möchte betonen, dass insbesondere Bayern und Deutschland auch deshalb eine so hohe Anerkennung in der ganzen Welt genießen, weil sie für eine offene, freiheitliche und plurale Gesellschaft auf Grundlage einer wertorientierten Politik stehen. Die Menschen wissen: In Bayern finden sie alle Mög-

lichkeiten, sich zu entfalten und ihr Leben selbstbestimmt in Freiheit und Verantwortung zu gestalten. Das ist vor allem deshalb so, weil das vertrauensvolle Zusammenleben für uns mehr ist als nur ein reines Nebeneinanderleben oder gar das Leben in Parallelgesellschaften, das wir unter allen Umständen vermeiden wollen; denn keine Gesellschaft funktioniert nur, weil sie gut organisiert ist. Vielmehr müssen die Menschen, um sich erfolgreich in eine für sie neue soziale Ordnung einzubringen, von deren Sinn überzeugt sein. Ohne dieses Fundament, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht es einfach nicht. Dabei ist klar: Bayern ist in den Werten und Traditionen des christlichen Abendlandes tief verwurzelt. Zu diesen Grundüberzeugungen gehört neben der Würde und Freiheit des Einzelnen die Gleichberechtigung aller Menschen, insbesondere die Gleichstellung von Mann und Frau, und die Überzeugung, dass jeder Mann und jede Frau frei über die eigene Lebensführung und damit die eigenen Beziehungen entscheiden kann. Dies sowie Achtung und Respekt vor anderen, unser sprichwörtliches "Leben und leben lassen", sind das feste Fundament unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung, an dem wir nicht rütteln lassen. Das haben wir entsprechend beschrieben. Würden wir all das verlieren und es nicht schaffen, die besagte "Liberalitas Bavarica" auch denen zu vermitteln, die aus anderen Kulturkreisen zu uns kommen, dann hätte die Politik versagt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Integration ist nur dann gelungen, wenn alle Menschen ihren Alltag nach gemeinsamen Grundregeln selbstbestimmt leben und sich nicht gegenüber ihren Mitmenschen abschotten. Dafür müssen sich alle mit diesen Grundregeln identifizieren, die wir unter dem Begriff "Leitkultur" zusammengefasst haben und die auch im Integrationsbericht enthalten sind.

Wir wollen, dass Bayern auch in Zukunft das Land des Zusammenhalts und der gelingenden Integration ist und damit die gemeinsame Heimat für alle hier lebenden Menschen bleibt. Deshalb haben wir mit den anderen Fraktionen im Bayerischen Landtag dieser Enquete-Kommission zugestimmt und sie gemeinsam eingesetzt, um zusam-

men mit zahlreichen Experten viele Ideen für eine Fortsetzung der erfolgreichen Integrationspolitik zu erarbeiten und zu finden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, das ist uns auch gelungen. Du hast es vorher gesagt. Es gibt 158 einstimmig beschlossene Handlungsempfehlungen, es gibt Minderheitsvoten und Mehrheitsvoten. Wir haben das sauber erarbeitet. Die politischen Meinungen sind auch klar erkennbar. Ich halte die Darstellung in unserem Bericht für wirklich gelungen. Die gemeinsam mit den Experten in der Enquete-Kommission erarbeiteten und in diesem Abschlussbericht abgegebenen Handlungsempfehlungen sollen als Anregungen und Denkanstöße dafür dienen, diese erfolgreiche Integrationspolitik auch weiterzuentwickeln und sie an die immer neuen Herausforderungen anzupassen. Wir entwickeln uns auch weiter und bleiben nicht stehen.

Wir, die CSU-Fraktion, verstehen diese Handlungsempfehlungen auch als Richtschnur für die Integrationspolitik der nächsten Jahre. Selbstverständlich geht es nicht darum, sämtliche einzelnen Empfehlungen in allen Handlungsbereichen sofort und uneingeschränkt umzusetzen. Das würde sowohl die Arbeitskraft unserer Verwaltungen auf allen Ebenen, vom Land über die Bezirke bis zu den Kommunen, als auch die Finanzkraft des Landeshaushalts sprengen. Den künftigen politisch Handelnden bleibt es überlassen, aus der Fülle der wichtigen Anregungen der Enquete-Kommission Schwerpunkte zu setzen. Dabei sind die jeweils aktuelle Haushaltslage und die zur Verfügung stehenden Ressourcen zu berücksichtigen. Das bedeutet zwingend, dass wir unsere Maßnahmen der intensiven Sprachförderung – ich rede nicht von Sprachförderung, sondern von intensiver Sprachförderung –, der Ausbildung und der beruflichen Qualifizierung auf die Menschen mit einer dauerhaften oder zumindest längerfristigen Bleibeperspektive fokussieren müssen. Darin unterscheiden wir uns in unserer Meinung, lieber Kollege.

Mir ist es wichtig, abschließend unsere Haltung zu den verschiedenen Punkten zum Ausdruck zu bringen und die Kernpunkte, die in der Grundsatzpositionierung der CSU

zur Integration enthalten sind, kurz zusammenzufassen. Wir wollen Parallelgesellschaften vermeiden; denn wir wollen ein gutes Miteinander aller Menschen in Bayern bewahren. Dieses Miteinander muss auf der Basis unserer Grundregeln erfolgen, die nicht verhandelbar sind und für alle hier Lebenden gelten. Nur so ist es möglich, dass es allen Bewohnern Bayerns gut geht. Das muss für uns und für alle anderen oberste Priorität haben.

Wir unterstützen das Ehrenamt nach besten Kräften auch weiterhin; denn das Ehrenamt ist ein Grundpfeiler einer gelingenden Integration. Ohne Ehrenamt wäre diese Mammutaufgabe wie viele andere Aufgaben niemals zu bewältigen gewesen. Deswegen möchte ich an dieser Stelle den vielen Ehrenamtlichen ein herzliches Vergelt's Gott aussprechen. Da, glaube ich, kann man auch applaudieren.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Integration anerkannter Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive muss Vorrang haben. Es ist im Sinne aller Beteiligten, insbesondere auch der Wirtschaft und des Handwerks, dass wir die schnelle und rechtssichere Aufnahme einer Ausbildung oder einer anderen beruflichen Tätigkeit fördern. Ausreichende Sprachkenntnisse sind dafür unverzichtbar. Daher fördern wir auch diese Maßnahmen in einer, wie ich meine, einzigartigen Weise weiter.

Integration ist keine Einbahnstraße, was die seit vielen Jahren in Bayern gut integrierten Menschen belegen. Wir fördern und fordern in diesem Sinne und werden Integrationsverweigerer auch sanktionieren.

Bei allen Leistungen für die Integration vergessen wir unsere einheimische Bevölkerung nicht. Das zeigen auch sehr deutlich die zahlreichen Maßnahmen und Initiativen der Staatsregierung unter Ministerpräsident Dr. Markus Söder in den ersten 120 Tagen seiner Amtszeit. Ich nenne nur stichpunktartig – wir haben es heute schon beim Nachtragshaushalt gehört – die Einführung des Familiengeldes, den Ausbau der Kinderbetreuung, das Landespflegegeld, den Hebammenbonus, die Schaffung von Wohnraum

und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Ich würde mir wirklich wünschen, dass diese positiven Aspekte, nämlich alles das, was der Freistaat für seine Menschen in Bayern macht, von allen Akteuren in Politik, Gesellschaft und auch den Medien wieder mehr in den Fokus der aktuellen Debatte gerückt werden.

Wir treten auch dafür ein, dass das Asylrecht nicht als Zuwanderungsrecht missbraucht wird.

(Beifall bei der CSU)

Wir sorgen dafür, dass Ausreisepflichtige konsequent und schnell abgeschoben werden, damit die Integration derer gelingt, die bei uns anerkannt werden und bei uns leben dürfen und leben werden.

Wir wollen die Integration nicht durch immer mehr Bürokratie und strenge Regeln erschweren. Wir wollen, dass Integration gelingt, ohne unsere gesamtgesellschaftlichen und finanziellen Ressourcen zu überfordern. Anders wäre nämlich am Ende niemandem geholfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir ist es ein großes Anliegen, abschließend allen zu danken, ohne deren fantastisches Engagement die Integration so vieler Menschen nicht gelungen wäre und auf deren Hilfe wir auch in Zukunft angewiesen sein werden. Ich habe vorhin die ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger erwähnt, die ein einzigartiges Netz der Solidarität geschaffen haben. Ich möchte aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Behörden, in den Ministerien, den Regierungen, den Landratsämtern, bei der Justiz und bei der Polizei und den Lehrerinnen und Lehrern ein herzliches Vergelts Gott für die Bewältigung dieser großen Herausforderung sagen.

(Beifall bei der CSU)

Der Einsatz der bayerischen Bevölkerung für die Integration war und ist herausragend. Dieses Engagement werden wir weiterhin unterstützen. Deshalb können wir mit Fug

und Recht sagen: In Bayern gelingt die Integration besonders gut. Ich glaube, das kommt auch in diesem Integrationsbericht zum Ausdruck. In diesem Sinne herzlichen Dank allen Kolleginnen und Kollegen für die Mitarbeit und für die kontroversen, aber inhaltlich auch zielführenden Diskussionen bei der Erstellung des Berichts. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg. Vielen herzlichen Dank!

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Huber. – Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich nun der Kollegin Stamm das Wort. Bitte schön, Frau Stamm.

Claudia Stamm (fraktionslos): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Huber, zur Leitkultur gab es einen sehr denkwürdigen Vortrag von Alois Glück gleich nebenan im Senatssaal. Er ist bestimmt auch auf der Homepage des Bayerischen Landtags zu finden. Alois Glück sprach explizit davon, dass, wenn überhaupt, nur eine europäische Leitkultur Sinn hat. Vielleicht sollten Sie sich den Vortrag einmal anschauen. Das wäre, glaube ich, sinnvoll.

Sie hatten jetzt wiederholt gesagt, dass die 3-plus-2-Regelung bundesweit gilt. Das ist richtig; das ist eine bundesweite Regelung. Das stimmt. Richtig ist auch, dass diese Idee aus Bayern stammt. Es stimmt aber nicht, dass sie bundesweit gleich angewandt wird.

Wir hatten im Ausschuss den Fall eines Mannes, der sich bereits in einer Lehre befand, nämlich in einer Bäckerlehre. Sie haben angedeutet, dass er ein Straftäter sei. Ich habe mir inzwischen die Papiere vorlegen lassen. Beim Amtsgericht München ist nichts im Beschluss zu finden. Das einzige große Vergehen, das er begangen hat, war vielleicht, dass er nach Deutschland, nach Bayern geflohen ist und dafür auf seiner Flucht vielleicht auch etwas Geld zahlen musste. Er wollte genauso dringend hierbleiben. Als ein Lehrling, der bereits in der Ausbildung war, ist er abgeschoben worden. Das nächste Beispiel ist eine Ukrainerin, die die Fähigkeiten hätte, eine Pflegeausbildung zu machen. Sie hatte bereits einen Vertrag mit dem Bayerischen Roten Kreuz in

der Tasche. Sie wird die Ausbildung nicht machen dürfen, weil sie abgeschoben werden soll. Sie hat jetzt ein Jahr Praktikum gemacht. Tun Sie bitte nicht so, und hören Sie damit auf, diese Märchen mit Happy End zu erzählen, dass die 3-plus-2-Regelung in Bayern genauso gilt wie in anderen Ländern. Das stimmt einfach nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Stamm. – Herr Huber, bitte schön.

Thomas Huber (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Liebe Kollegin Stamm, den Vortrag von Alois Glück kenne ich sehr gut. Ich halte ihn für zutreffend. Wenn Sie ihm aufmerksam folgen und ihn auch richtig verstehen, dann spricht er von einer europäischen Leitkultur. Wir sprechen aber nicht von einer bayerischen oder deutschen Leitkultur, sondern wir sprechen von einer Leitkultur. Leitkultur in dem Sinne, wie wir sie verstehen, will ich Ihnen ganz einfach erklären. Ich versuche es, in eine Formel zu geben: Leitkultur ist für uns auf der einen Seite die Anwendung geltenden Rechts, nämlich des Grundgesetzes, der Verfassung und der daraus abgeleiteten Rechtsnormen, und auf der anderen Seite die Wahrung von Werten, Traditionen und Brauchtum. So steht es auch in der Präambel des Bayerischen Integrationsgesetzes. Ich habe jetzt versucht, das in einer Formel wiederzugeben, die möglicherweise zu kurz gegriffen ist. Ich glaube aber, so kann man es am besten verstehen und nachvollziehen.

Im Hinblick auf die 3-plus-2-Regelung haben Sie mich möglicherweise falsch verstanden. Ich habe gesagt, ich bin froh, dass die 3-plus-2-Regelung, die bundesweit gelten soll, endlich in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurde. Die 3-plus-2-Regelung für Auszubildende wollen wir bundesweit einheitlich anwenden. Das heißt nicht, dass es schon funktioniert. Ich bin jedoch froh, dass sie endlich im Koalitionsvertrag steht. CDU/CSU und SPD versuchen, eine Lösung zu finden, um die Regelung bundesweit einheitlich anzuwenden.

Vorhin habe ich etwas vergessen. An dieser Stelle möchte ich noch etwas zur Leitkultur sagen. In der Zwischenzeit habe ich mir das Protokoll aus meinem Aktenstapel herausgesucht. Herr Nida-Rümelin war am 19. Oktober bei uns. Das war eine sehr spannende und zum Teil kontroverse Diskussion. Ich zitiere Herrn Nida-Rümelin aus dem mir vorliegenden Protokoll: "Er, Nida-Rümelin, wolle sich zur Leitkultur klar positionieren und in diesem Punkt vom linksliberalen Mainstream, der etwa durch Jürgen Habermas, John Rawls oder Bruce Ackerman repräsentiert werde, absetzen."

Ich führe ein zweites Zitat mitten aus dem Text an.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, bitte schauen Sie auf die Zeit.

Thomas Huber (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich zitiere: "Eine solche Leitkultur des Humanismus entstehe nicht, indem man sich gleichsam im liberalistischen Modus zurücklehne und auf das Grundgesetz und sanktionenbewehrte Rechtsordnung verlasse. Dies sei zu wenig."

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Thomas Huber (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Nida-Rümelin gibt uns recht.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Huber. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Fahn. Bitte schön, Herr Dr. Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch ich möchte mich zu Beginn meiner Rede ganz herzlich bei allen Mitgliedern der Enquete-Kommission für die gute Zusammenarbeit der letzten zwei Jahre bedanken. Ich bedanke mich auch bei allen Experten. Besonders danke ich Herrn Dr. Frank Gesemann, der immer extra aus Berlin nach München gefahren ist. Das ist nicht

selbstverständlich. Ich danke auch den drei Vorsitzenden Arif Taşdelen, Josef Zellmeier und Thomas Huber. Sie waren angenehme Vorsitzende.

Wir besprechen heute diesen umfangreichen Abschlussbericht, der 354 Handlungsempfehlungen umfasst. Davon sind aber nur – das wurde schon gesagt – 158 Handlungsempfehlungen einstimmig beschlossen worden, die anderen nicht. Herr Huber, deswegen kann man nicht sagen, dass Bayern in puncto Integration spitze ist. Wären wir bei der Integration spitze, müssten alle Handlungsempfehlungen einstimmig beschlossen worden sein. Das habe ich zwar gehofft, das ist jedoch nicht der Fall. Deshalb ist in Bayern noch viel zu tun. Bei der Integration sind wir in Bayern noch nicht spitze.

Bei der ganzen Diskussion ging es um die Leitkultur. Das wurde jetzt schon ein paar Mal gesagt. Dazu muss ich jetzt auch etwas sagen. Wir haben diesen Begriff abgelehnt und meinen nach wie vor, dass es sich um einen politischen Kampfbegriff handelt. Für die Diskussion war das sehr ungünstig. Sie zitieren immer eine Person. Ich habe Verbände und Organisationen in Bayern gefragt, wie sie den Begriff der Leitkultur bewerten. Alle sind dagegen: dazu zählen der BLLV, die kommunalen Spitzenverbände, der Bayerische Jugendring, das Rote Kreuz, der DGB, kirchliche Gruppen und die Freie Wohlfahrtspflege. Ich lese Ihnen die Antwort des Bayerischen Landespflege rats vor: Auch der Begriff der Leitkultur mit dem dort gezeichneten Menschenbild ist mit dem Integrationsgesetz nach unserer Auffassung nicht vereinbar. Im Gesetzestext bleibt zudem undefiniert und unklar, was darunter zu verstehen ist. – Das haben fast alle Verbände gesagt. Deshalb brauchen wir eine Leitkultur in dieser Form nicht. Der Begriff hat die Diskussion in unserer Enquete-Kommission eigentlich nur erschwert.

Das Wort "Integration" kommt bekanntlich aus dem Lateinischen und bedeutet: Etwas zu einem Ganzen zusammenschließen. Übertragen auf die gesellschaftliche Integration heißt das: Unterschiedliche Menschen und Gruppen verbinden sich zu einer Einheit. Anders gesagt: Integration kann nur gelingen, wenn alle Beteiligten bereit sind für Veränderungen. Für die Aufnahme der Geflüchteten brauchen wir eine Veränderung

der Mehrheitsgesellschaft. Ebenso brauchen wir eine Veränderung derjenigen, die zu uns kommen. Eine einseitige Anpassung an unsere vermeintlich unveränderliche Kultur ist zu kurzfristig. Man hatte aber das Gefühl, dass die CSU im Rahmen der Diskussion immer mit dieser These kam.

Wir FREIE WÄHLER brauchen den Begriff der Leitkultur nicht. Wir orientieren uns am Grundgesetz und der Bayerischen Verfassung sowie dem Erhalt der "Liberalitas Bavarica". Dort steht auch etwas zur Freizügigkeit und zur Toleranz. Eine gelingende Integration ist in der heutigen Gesellschaft wichtiger denn je. Wir können es uns nicht leisten, Menschen, die dauerhaft bei uns wohnen, nicht in unsere Gesellschaft zu integrieren. Wir dürfen keine Parallelgesellschaften zulassen, wie das beispielsweise in Berlin, Nordrhein-Westfalen oder anderen Bundesländern der Fall ist. Nicht integrierte Personen können im schlimmsten Fall eine Gefahr für die aufnehmende Gesellschaft und alle hier gut integriert lebenden Menschen werden. Dafür kann es die verschiedensten Gründe geben. Das kann zum einen an der mangelnden Bereitschaft der zu integrierenden Menschen liegen. Damit sich das bessert, müssen wir etwas tun. Das ist ganz klar. Das kann zum anderen aber auch an der mangelnden Integrationspolitik der Staatsregierung liegen. Dies zeigen einige Beispiele aus den letzten Wochen und Monaten.

Leider sind viele Handlungsempfehlungen sehr allgemein und unkonkret, weil wir uns nicht einigen konnten. Deshalb haben wir uns auf die einfachste Regelung verständigt.

Mit unserem sachlich-pragmatischen Ansatz der Politik für die Menschen vor Ort haben wir uns inhaltlich mit den Handlungsempfehlungen auseinandergesetzt. In der Kürze der Zeit möchte ich einige Beispiele nennen. Aus Sicht der FREIEN WÄHLER ist die einstimmig angenommene Handlungsempfehlung ein großer Erfolg: Kommunen haben die Schlüsselstellung bei der Umsetzung der Integration. Integration findet in erster Linie in den Städten und in den Gemeinden statt. Daher müssen Kommunen, wenn es um die Vermittlung von Sprache, Erziehung und Bildung geht, die notwendigen Mittel erhalten. Mein Kollege Hanisch wird dazu noch etwas sagen. Das ist in der

Vergangenheit bei Weitem nicht geschehen. Die Kommunen sind zu oft im Stich gelassen worden. Sie müssen die Integration umsetzen, ihnen fehlen aber die finanziellen Mittel dafür. Das ist ein Problem, das wir in Zukunft lösen müssen.

Bei Integrationskursen – das haben wir auch beschlossen – soll die Bildung von Kleingruppen ermöglicht werden, um lange Wartezeiten insbesondere im ländlichen Raum zu vermeiden. Das ist eine Handlungsempfehlung.

Vieles wurde jedoch auch abgelehnt. Dazu zählen die Übernahme der Fahrtkosten zu den Sprach- und Integrationskursen, die Verbesserung des Betreuungsschlüssels für Kinder mit Migrationshintergrund sowie der Ausbau von Sozialkunde und politischer Bildung. Das ist schade. Das hat die CSU abgelehnt.

Beim Themengebiet "Gesellschaftliche und politische Partizipation" fanden folgende Handlungsempfehlungen eine Mehrheit: Die Mitarbeit in politischen Interessenvertretungen von Migranten in Integrationsbeiräten soll weiter unterstützt werden. – Das finden wir gut. Mit Service-Learning – Lernen durch Engagement – existiert bereits ein sehr gutes Konzept, welches politische Bildung bis hin zur Partizipation ermöglicht. Dieses Konzept soll weiter ausgebaut werden. Service-Learning ist für die Zukunft ganz wichtig. Wir von den FREIEN WÄHLERN haben sieben Jahre dafür gekämpft. Jetzt steht es endlich schwarz auf weiß im Enquete-Bericht. Es ist wichtig – in diesem Punkt stimme ich Herrn Huber zu –, dass wir im Themenfeld "Antidiskriminierung und Antirassismus" einstimmig beschlossen haben, Diskriminierung und Rassismus in Bayern keinen Platz zu geben. Schulen werden aufgefordert, Projekte und Maßnahmen durchzuführen. Dabei muss eine Anerkennung der sozialen, kulturellen und ökonomischen Potenziale von Migranten erfolgen.

Im Themenfeld "Wirtschaft und Arbeitsmarkt" ist einiges beschlossen worden, aber vieles auch nicht. Die Forderung, Planungssicherheit für Geduldete und Rechtssicherheit für Unternehmen zu erhöhen, ist wichtig. Der ländliche Raum muss in enger Abstimmung mit den Kommunen gestärkt werden. Einheimische und Migranten brauchen

eine Perspektive. Bei diesem Thema haben wir keine Mehrheit gefunden. Wir haben in der Enquete-Kommission sehr lange darüber diskutiert.

Beim Themenfeld "Wohnen und Stadtentwicklung" gab es dreizehn einvernehmliche Punkte, die von allen getragen wurden. Hierzu zählt beispielsweise die Bevorzugung von kleinen, also dezentralen Gemeinschaftsunterkünften. Zudem sollte es keinen einseitigen Wohnungsbau für bestimmte Gruppen geben. Auch sollte es Steueranreize für die Bereitstellung kostengünstigen Wohnraums geben. Die Bevorzugung dezentraler Einrichtungen ist zwar positiv, aber die Realität der vergangenen Monate und Jahre hat anders ausgesehen. Dezentrale Unterkünfte wurden teilweise ohne Absprache mit den Betroffenen geschlossen. Auch bei den Helferkreisen gab es deswegen großen Frust. In diesem Zusammenhang wollen wir uns ausdrücklich für die Arbeit der Helferkreise bedanken. Dieser Punkt ist in unseren Leitlinien explizit enthalten. Das wurde von allen beschlossen. Hier haben wir noch Handlungsbedarf.

Natürlich entstehen durch Integration auch Mehrkosten, beispielsweise bei den Wohnungsbaugenossenschaften oder bei Kindergärten. Die Mehrkosten müssen vom Staat getragen werden und dürfen nicht auf die Kommunen abgewälzt werden. Das ist ein wichtiger Punkt. Beispielsweise wurde auch die Kostenübernahme von Dolmetschergebühren abgelehnt. Das müssen wir noch verbessern. Auch erhalten Menschen mit Migrationshintergrund keinen Sitz im Rundfunkrat.

Nun komme ich zum Schluss. Welche Aspekte sind für die FREIEN WÄHLER zur Umsetzung der Integration wichtig? – Herr Huber hat erwähnt, dass sehr viele Handlungsempfehlungen einstimmig beschlossen worden sind. Jedoch seien dies lediglich Anregungen, die nicht zwingend umgesetzt werden müssten. Für die FREIEN WÄHLER ist es aber wichtig und notwendig, dass die einstimmig angenommenen Handlungsempfehlungen auch umgesetzt werden. Dies soll dann eben in der nächsten Legislaturperiode stattfinden; denn nur dann hat sich die Arbeit der Enquete-Kommission gelohnt. Wenn der Bericht nur eine Bettlektüre für Kommunalpolitiker am Ende eines arbeitsrei-

chen Tages werden soll, kann er gleich in den Papierkorb geworfen werden. Insgesamt müssen mehr Schlussfolgerungen aus dem Bericht gezogen werden.

Was ist für die FREIEN WÄHLER wichtig? – Erstens. Das Erlernen der deutschen Sprache ist eine entscheidende Voraussetzung für die Integration. Zweitens. Integration muss von unten nach oben erfolgen. Kommunen müssen finanziell und personell unterstützt werden.

(Tobias Reiß (CSU): Logisch!)

Die CSU behauptet zwar, dass sie das schon macht. Fragt man jedoch nach den Personalkosten, auf denen die Kommunen sitzen bleiben, dann stellt man fest, diese Mittel fehlen. Im Jahr 2016 sind die Kommunen auf Personalkosten in Höhe von 550 Millionen Euro sitzen geblieben. Diese Kosten wurden nicht ersetzt. Aber die Kommunen müssen die Integration umsetzen. Für eine gelingende Integration müssen auch die Strukturen stimmen. Für Bayern sind flächendeckend Integrationsbeiräte bzw. Integrationsbeauftragte notwendig. Bisher haben dies nur 27 Landkreise, also 38 %. Aber das ist zu wenig. Das müsste vielleicht auch gesetzlich verankert werden, wie dies bereits in Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen der Fall ist. Wir wollen das bestehende Integrationsgesetz auf jeden Fall verändern und verbessern.

Wir brauchen einen Integrationsbeauftragten bzw. eine Integrationsbeauftragte. Diese Person soll vom Landtag gewählt und nicht einseitig vom Ministerpräsidenten bestimmt werden. Integration ist auch im Landtag eine Gemeinschaftsaufgabe. Wenn diese Person vom Landtag gewählt würde, wäre die Akzeptanz viel größer. Wir werden das in der nächsten Legislaturperiode noch einmal angehen.

Wichtig ist auch die Aufwertung des bestehenden Integrationsrates. Diesen gibt es, und das ist positiv. Was macht der Integrationsrat? – Er muss konkrete Beschlüsse fassen. Der letzte Beschluss des Integrationsrates stammt aus dem Jahr 2013. Der Integrationsrat, in welchem wichtige gesellschaftliche Gruppen vertreten sind, hat sich nicht einmal zum Integrationsgesetz geäußert. Das kann nicht sein. Das ist ein No-Go.

Der Integrationsrat muss eine "Muss-Einrichtung" sein. Im Integrationsgesetz steht aber, dass ihn der Integrationsbeauftragte berufen kann oder eben nicht. Es steht nicht einmal drin, wie viele Sitzungen er haben soll. Das ist zu wenig, wenn wir die Integration als gesamtgesellschaftliches Aufgabenfeld ernst nehmen wollen. Wir, die FREIEN WÄHLER, sind der Meinung, dass der Integrationsrat an den Sozialausschuss angedockt werden muss. Der Integrationsrat muss in der Zukunft eine feste Struktur erhalten. Zudem muss eine Mindestanzahl an Sitzungen festgelegt werden. Auch muss eine Aufwertung stattfinden. Die Beteiligten fahren mit sehr großen Erwartungen nach München und diskutieren eifrig über die einzelnen Themengebiete. Wenn sie wieder nach Hause fahren, merken sie oft nichts von der Umsetzung der Themen.

Ein Vorschlag von uns ist, dass die großen Städte einen Integrationsbericht erstellen. So könnte die Umsetzung der Integration in den Kommunen besser beobachtet werden. Das hat beispielsweise die Stadt München kürzlich gemacht.

Ich sage noch einmal: Die Enquete-Kommission hat insgesamt 186 Handlungsempfehlungen mehrheitlich verabschiedet. Aber das kann nicht das Ende sein. Herr Huber, wir müssen diese Handlungsempfehlungen umsetzen und nicht nur lesen und dann bestimmte Handlungsempfehlungen rauspicken, die umgesetzt werden sollen.

Bei der Enquete-Kommission "Jungsein in Bayern" haben wir fünf Jahre gebraucht, bis wir gemerkt haben, dass wir über bestimmte Themen noch gar nicht diskutiert haben. Das war im letzten Jahr. Es kann nicht sein, dass wir wieder ein paar Jahre warten, bis wir die Handlungsempfehlungen umsetzen. Nein, die Enquete-Kommission wäre wirkungslos, wenn wir die Handlungsempfehlungen nicht umsetzen bzw. zumindest den Versuch unternehmen. Das sollten wir in der nächsten Legislaturperiode tun.

Zum Schluss komme ich auf den Landtagsbeschluss vom 27.11.1952 zu sprechen. Den hat Arif Taşdelen bereits angesprochen. Dieser Beschluss ist von allen vergessen. 1952 wurde das Singen der Nationalhymne und der Bayernhymne in allen Schulen beschlossen. Dies wurde überall vergessen. Das kann man zwar machen, das hat

aber nur eine geringe Bedeutung, wenn es um die Umsetzung der Ideen der Integration geht.

Wir, die FREIEN WÄHLER – das haben Sie vielleicht in den vergangenen Wochen und Monaten gemerkt –, gehen mit den Punkten pragmatisch um und versuchen, das Beste für die Kommunen zu erreichen. Wir werden auch in Zukunft noch stärker als bisher ideologiefreie und pragmatische Lösungsansätze anbieten. Wir, die FREIEN WÄHLER, sind stark. Wir, die FREIEN WÄHLER, sind in der Mitte Bayerns verwurzelt. Wir hoffen, dass es mit der Integration in Bayern noch weiter vorwärts geht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Angelika Weikert (SPD): Mit einem Hang zum rechten Rand!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Dr. Fahn. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Christine Kamm. Bitte schön, Frau Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Expertinnen und Experten der Integrations-Enquete-Kommission, liebe Mitglieder der Integrations-Enquete-Kommission im Landtag! Integration ist eine Querschnittsaufgabe. Deswegen haben wir uns auch mit allen Themenfeldern beschäftigt. Ich bin schon froh, dass immerhin Herr Kultusminister Sibler und die Frau Landwirtschaftsministerin Kaniber anwesend sind. Integration ist eine Querschnittsaufgabe und betrifft alle Ressorts und alle Bereiche. Wenn wir aber so weitermachen wie bisher, kommen wir nicht weiter. Ich erwarte schon, dass Vertreter aus allen Ministerien anwesend sind. Ich bitte darum, die Minister und Ministerinnen zu informieren, dass wir gerade über eine wichtige Aufgabe diskutieren, von der auch die Zukunft in Bayern maßgeblich abhängt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Angelika Weikert (SPD))

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Frau Kollegin, soll ich das als Geschäftsordnungsantrag auf Herbeirufung der Staatsregierung interpretieren? Stellen Sie diesen Antrag?

Christine Kamm (GRÜNE): Ja, ich stelle den Antrag für unsere Fraktion. Minister oder Staatssekretäre aus allen Ministerien sollen anwesend sein; denn Integration ist eine Querschnittsaufgabe, von der die Zukunft in Bayern maßgeblich abhängt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Einen Moment bitte, Frau Kollegin.

Frau Kollegin, darf ich Sie bitten, noch einmal Platz zu nehmen? Sie haben einen Geschäftsordnungsantrag gestellt. Ich frage nun: Gibt es eine Gegenrede dazu?

(Wortmeldung des Abgeordneten Tobias Reiß (CSU))

Herr Kollege, bitte schön.

Tobias Reiß (CSU): Die Staatsregierung ist vertreten durch Staatsminister Bernd Sibler, der dieser Debatte beiwohnt. Der Innenstaatssekretär ist anwesend, der Innenminister war bis vorhin anwesend und hat dieser Debatte zugehört. Wir erachten es deshalb nicht für erforderlich, die Staatsregierung herbeizurufen. Wir lehnen den Antrag ab.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Nun lasse ich über den Geschäftsordnungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN abstimmen. Wer dem Geschäftsordnungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen, bitte! – Das ist die CSU-Fraktion.

(Alexander Muthmann (fraktionslos): Wir sind auch dafür!)

Gibt es Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag angenommen. Frau Kollegin Claudia Stamm (fraktionslos) und Herr Kollege Muthmann (fraktionslos) haben zugestimmt.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU)

Ich höre, das Stimmergebnis wird seitens der CSU-Fraktion angezweifelt.

(Unruhe bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Georg Rosenthal (SPD): Wir sind viel mehr! – Gisela Sengl (GRÜNE): Auszählen! – Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Kolleginnen und Kollegen, die CSU-Fraktion hat das Recht, dieses Ergebnis anzuzweifeln. Unsere Geschäftsordnung sieht Zählen nicht vor. Ich führe deshalb einen Hammelsprung durch.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Das ist doch eindeutig! Die sind doch eindeutig viel weniger! – Isabell Zacharias (SPD): Das ist unmoralisch! – Dr. Paul Wengert (SPD): Skandalös ist das! – Anhaltende allgemeine Unruhe)

Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie auffordern, nun den Saal zu verlassen und dann zu den entsprechenden Türen wieder hereinzukommen, sobald die Türen vorbereitet sind. Bitte verlassen Sie den Saal, wir wollen den Hammelsprung durchführen.

(Abstimmung gemäß § 129 Absatz 2 BayLTGeschO)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich, dass der Saal jetzt gut gefüllt ist. Ich gebe das Ergebnis des Hammelsprungs bekannt. Mit Nein haben 74 gestimmt, mit Ja haben 53 gestimmt. Es gab keine Enthaltung. – Damit ist der Geschäftsordnungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Kolleginnen und Kollegen, wir nehmen die Aussprache jetzt wieder auf. Ich bitte, sich hinzusetzen, damit wir mit der Aussprache fortfahren können.

Ich erteile nun Frau Kollegin Kamm wieder das Wort. Bitte schön, Frau Kamm.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Integration

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

ist eine Querschnittsaufgabe. Es freut mich daher, dass jetzt auch der Herr Justizminister, der Herr Innenminister und der Herr Europaminister da sind. Auch der Vertreter der Staatskanzlei ist jetzt anwesend. Ich vermisse aber weiterhin die Sozialministerin und auch die Ministerin für Wohnen, Bau und Verkehr. Schade, dass sie nicht da sind. Vielleicht lesen sie aber wenigstens die Empfehlungen nach, die wir gemeinsam in der Enquete-Kommission zusammengetragen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie steht es um die Integrationspolitik in Bayern? Wie stand es vor über zwei Jahren um die Integrationspolitik im Freistaat, als es die Idee unserer ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Margarete Bause war, eine Enquete-Kommission zum Thema Integration zu beantragen, einzubringen und voranzutreiben? Wie war die Situation? – Die Staatsregierung hatte sich bis dahin geweigert, einen Integrationsbericht vorzulegen. Den Bericht haben wir immer noch nicht, aber ich denke, das ist eine große Aufgabe für die nächste Legislaturperiode. Wir hatten damals den Antrag gestellt, einen solchen Bericht anzufertigen. Der Bericht wurde auch mit Unterstützung des damaligen Integrationsbeauftragten Martin Neumeyer beschlossen. Der Bericht wurde aber leider nicht gegeben. Irgendwann gab es dann einen Bericht über die Arbeit des Integrationsbeauftragten. Eigentlich wollten wir aber einen Bericht der Staatsregierung, in dem die Problemlagen der Integrationspolitik in Bayern beschrieben werden.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir wollten die Arbeitsziele beschrieben bekommen, die sich die Staatsregierung beim Thema Integration vorgenommen hat. In dem Bericht hätten auch konkrete Handlungsprogramme dargelegt werden sollen. Dann hätte auch über Erfolge bei der Verwirklichung dieser Handlungsprogramme berichtet werden können. Leider gab es diesen Bericht nicht. Bis heute gibt es auch noch keine Handlungsprogramme. Vielleicht bietet aber der Bericht der Integrations-Enquete eine erste Grundlage, um ein solches Handlungsprogramm aufzustellen.

Die immer wiederkehrenden Versuche von Oppositionsfraktionen, Integrations- und Partizipationsgesetze in den Bayerischen Landtag einzubringen, wurden von der Mehrheitsfraktion leider stets abgelehnt. Das Gesetzeskonstrukt, das Sie hier eingebracht haben und Integrationsgesetz nennen, ist aber in keinem einzigen Artikel ein Integrationsgesetz, sondern es ist ein Integrationsverhinderungsgesetz. Es erfüllt nicht die Zielsetzung, die wir hier vorantreiben wollen, und es entspricht auch nicht den Empfehlungen der Integrations-Enquete. Ich hoffe, dieser Bericht wird dazu führen, dass in der nächsten Legislaturperiode des Landtags eine echte politische Teilhabe aller Menschen, die in Bayern leben, vorangetrieben wird.

Die Integrationsbeauftragten haben auf Landesebene bislang auch noch keine substanziellen Verbesserungsvorschläge einbringen können. Die Meinungen und Expertisen der Migrantinnen- und Migrantenorganisationen und die zahlreichen Vorstöße blieben weiterhin ungehört. Ihre Arbeit wird nicht im erforderlichen Umfang unterstützt. Auch dies muss sich ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine leise Ahnung davon, welche Schätze von Integrationsprojekten ganz unterschiedlicher Art mit ganz unterschiedlichen Akteuren und Zielgruppen wir in Bayern haben, bekommt man in einer Bewerbungskommission für den Integrationspreis. Darin sieht man, welche tolle Initiativen sich bewerben und teilweise einen Preis bekommen. Die Preisträgerinnen und Preisträger haben immer fraktionsübergreifend große Be-

geisterung ausgelöst und große Zustimmung bekommen. Wer waren diese Integrationspreisträgerinnen und -preisträger? – Das waren Migrantinnen- und Migrantenorganisationen, die trotz geringer Unterstützung, vielleicht nur mit der Unterstützung der einen oder anderen wohlwollenden Kommune, Erstaunliches vorangebracht haben. Sie haben beispielsweise Initiativen vorangebracht, die sich um Familien mit behinderten Kindern kümmern. Sie haben Initiativen vorangebracht, die Trauerarbeit leisten usw. usf. Das ist wunderbar.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Aber das sind leider nur einzelne Projekte, die nicht vernetzt sind und denen es an einem tragenden Rahmen für eine gute Integrationspolitik in Bayern fehlt, die wir brauchen. Die Kommunen waren aktiv; die Migrantinnen- und Migrantenorganisationen waren aktiv; sehr viele Organisationen waren aktiv. Lediglich der Freistaat hat sich bislang weitgehend seiner Verantwortung entzogen. Doch wir sollten hier gemeinsam tätig werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vieles läuft bei der Integration in Bayern gut. Es gibt erhebliche Erfolge zu verzeichnen. Es gibt eine erhebliche Zahl guter Projekte.

(Zustimmung bei Abgeordneten der CSU)

Aber es könnte natürlich sehr vieles besser laufen und leichter sein. Wenn man mit den Menschen spricht, die in den letzten Jahrzehnten zu uns gekommen sind, hört man oft: Ja, wenn ich ganz am Anfang einen vernünftigen Sprachkurs bekommen hätte, wenn mir jemand bei der Anerkennung eines früher ausgeübten Berufs geholfen hätte, was hätte dann aus mir werden können, welche berufliche und persönliche Karriere hätte ich einschlagen können? – Wir sollten von ihnen lernen, wie Integration in Bayern besser gelingen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Integration in Bayern ist sicherlich keine vorübergehende Sonderaufgabe, die mit befristeten Projekten gelöst werden kann, sondern sie ist eine Daueraufgabe, die nachhaltig und strukturell angegangen werden muss und einen vernünftigen Rahmen braucht.

Ich nenne einige Beispiele, mit denen wir uns in der Integrations-Enquete befasst haben. Ein Beispiel ist die "SchlaU-Schule". Hier erhalten Münchner Schülerinnen und Schüler neben dem Schulunterricht eine gezielte, intensive und individuelle Förderung, die es ihnen ermöglicht, in relativ kurzer Zeit in das deutsche Regelschul- und Ausbildungssystem einzusteigen. Diese Schule hat Modellhaftes für ganz Deutschland geleistet. Es handelt sich um ein Integrationsmodell, das auf privater Basis in Bayern vorgebracht wurde und letztendlich ein Leuchtturm ist und zeigt, wie Integration in Deutschland besser werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Dachverband der Migrantinnen- und Migrantenorganisationen setzt sich für die gleichberechtigte politische, soziale, berufliche und kulturelle Teilhabe von Migrantinnen und Migranten am gesellschaftlichen Leben ein. Refugio München leistet eine wegweisende Arbeit für traumatisierte Flüchtlinge. Das Bayerische Bündnis für Toleranz setzt sich für den Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung ein. Der Ausbildungsring Ausländischer Unternehmer fördert die Ausbildung der aus dem Ausland stammenden Unternehmerinnen und Unternehmer und akquiriert auf diese Weise zusätzliche Ausbildungsplätze insbesondere für Jugendliche mit Migrationshintergrund. Es gibt natürlich auch sehr engagierte Migrantinnen und Migranten, die ihre Landsleute in muttersprachlichen Informationsveranstaltungen über das deutsche Gesundheitssystem und über die Notwendigkeit und die Möglichkeiten der gesundheitlichen Prävention informieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bildung und Arbeit sind der Schlüssel zu gelingender Integration. Anders als Sie, Herr Huber, vorhin ausgeführt haben, hat es nicht allzu viel

Sinn, sich nur für die Bildung von Menschen mit – in Anführungszeichen – "guter Bleibeperspektive" einzusetzen. Sie operieren hier mit einem äußerst schwammigen Begriff, der keineswegs vernünftig zu definieren ist, und Sie müssen sich letztendlich eingestehen, dass viele Menschen, die Sie für Menschen mit guter oder nicht so guter Bleibeperspektive halten, doch teilweise begründet hier bleiben können und ihren Lebensweg weiterführen können. Es ergibt keinen Sinn, Leute zwei Jahre oder noch länger auf vernünftige deutsche Integrationskurse warten zu lassen; damit ist niemandem gedient, auch unserer Gesellschaft nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Integration braucht Verlässlichkeit, klare Regeln, Verbindlichkeit und Sicherheit. Flüchtlinge ebenso wie die zahlreichen Ehrenamtlichen und Kommunen brauchen Klarheit über die Zugangschancen zu Bildungs-, Hilfs- und Beratungsangeboten. Dieser Rahmen ist immer wieder infrage gestellt. Wenn beispielsweise Aufgaben von einem Ministerium auf das andere übergehen, wissen wir nicht, ob Sprachkurse weiterhin in gleicher Weise gefördert werden. Wenn der Bundesinnenminister wechselt, kann es sein, dass die Koordinierung der Ehrenamtlichen plötzlich nicht mehr gefördert werden kann usw. usf. Alle zwei Jahre neue Förderrichtlinien und alle zwei Jahre neue Regeln, das ist Gift für die Integration in Bayern.

Integration gelingt umso besser, je früher sie beginnt, am besten vom ersten Tag an. Sprach- und Integrationsangebote und auch das Recht, arbeiten zu dürfen, sollen vom ersten Tag an bestehen. Die hohe Motivation der zu uns Kommenden ist eine wichtige Ressource. Mich freut, dass ich von unseren Expertinnen und Experten wieder gehört habe, dass eine der am meisten motivierten Schülerinnen- und Schülergruppen diejenige derjenigen Geflüchteten ist. Ihre Motivation ist sehr hoch und wird von allen geschätzt, auch von vielen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben das Problem der Vorrangprüfung. Ich komme darauf zurück, weil Sie es vorhin erwähnt haben, Herr Huber. Mich freut, dass in der Integrations-Enquete die Empfehlung aufgenommen worden ist, die Vorrangprüfung zu streichen. Leider wurde ein diesbezüglicher Antrag von uns nahezu zeitgleich im Sozialausschuss abgelehnt. Das sind Pannen, die so nicht passieren sollten.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Eine Panne der CSU!)

– Es ist eine Panne der CSU gewesen, Herr Kollege Gehring. Ich denke, wir müssen konsistenter, zielgerichteter und klarer arbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

Integration findet vor allen Dingen dort statt, wo Menschen leben und arbeiten: in den Kommunen. Die Kommunen haben es verdient, in ihrer Arbeit besser unterstützt zu werden.

Eine bessere Unterstützung verdient haben auch die Einrichtungen, die sich um Bildung kümmern: die Schulen, die Kindertagesstätten und diejenigen Einrichtungen, die quasi die erste Arbeit in der Bildung leisten. Hier ist einiges zu tun. Das wäre sinnvoller als manches andere, was man tut, um irgendetwas abzuschirmen, um Segregation voranzutreiben, um Leute bis zu zwei Jahre in irgendwelche Aufnahmeeinrichtungen zu stecken. Damit wird Integration verhindert und für einen sehr langen Zeitraum unterbrochen. Das dient nicht der Integration. Mich freut, dass wir zumindest eine Verständigung darüber erzielt haben, dass die dezentrale Unterbringung sinnvoll ist und Integration hier bevorzugt stattfindet.

Wir haben eine ganze Menge von Empfehlungen. Die Kolleginnen und Kollegen haben sie schon vorgetragen. Mir ist sehr wichtig, dass wir insbesondere die Themen Bildung, Nachqualifizierung in Deutsch, Unterkünfte sowie Schule und Arbeitsplatz voranbringen. Die zahlreichen Handlungsempfehlungen zeigen, dass wir großen Nachhol- und Handlungsbedarf haben. Hier gilt es anzupacken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gilt, anzupacken und die verschiedenen Projekte umzusetzen, statt sich in mehr oder weniger ideologiegeprägte Auseinandersetzungen zu vertiefen. Die Zahl der Geflüchteten ist nun im zweiten Jahr in Folge gesunken. Sie taugt nicht als Dämon und auch nicht, um vernünftige Integrationsarbeit abzuwehren. Wir sollten dafür sorgen, dass das, was wir den jungen Leuten sagen, nämlich "Fördern und fordern, dann wird aus euch etwas!", auch wirklich gelebt werden kann.

Von dem folgenden Fall habe ich in den letzten Tagen von unterschiedlichen Ehrenamtlichen gehört: Ein junger Mann war Klassensprecher, befand sich mitten in der Phase seines Mittelschulabschlusses und hätte den Quali vermutlich geschafft. Nach den ersten zwei Prüfungstagen ist er morgens in der Früh abgeholt worden, um nach Kabul geflogen zu werden. Er konnte den Lohn seiner Mühe, nämlich den Schulabschluss, nicht mehr erreichen, weil er die letzten zwei Prüfungen nicht mehr machen konnte. Das ist eine unglaubliche Sauerei. Ich weiß nicht, was hier in Bayern in den Ausländerbehörden passiert und was hier gedacht wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Herr Innenminister, erfassen Sie eigentlich, welche Menschen Sie abschieben? – Sie sagen immer, es seien Kriminelle usw. Aber von den 51 Personen aus Bayern, die Sie abgeschoben haben, waren ganz klar und nach ihren eigenen Worten 46 nicht kriminell. Unter ihnen waren Leute wie der erwähnte junge Mann, der Klassensprecher war und sich mitten in der Phase des Mittelschulabschlusses befand. Darunter waren auch andere, die eine gute Perspektive hatten, in einem Mangelberuf, zum Beispiel als Pflegehelfer, tätig zu werden.

Ich höre mit Freuden immer wieder von Ihnen, dass Sie ein Einwanderungsgesetz wollen. Dann bitte ich Sie: Schieben Sie doch genau die, die mit einem solchen Einwanderungsgesetz infrage kommen würden, hierbleiben zu können, nicht mehr ab!

Sehen Sie doch einfach zu, dass die Leute bei uns bleiben können! Wir sagen ganz klar: Ausbildung geht vor Abschiebung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie kommen immer mit Ihrer Leitkultur daher. Deshalb sage ich noch etwas dazu. Ich habe immer noch nicht kapiert, was Ihre Leitkultur ist. Womöglich ist Ihre Leitkultur das, was an Seehofers Geburtstag passiert ist. Er hat gesagt: Ich bin heute 69 geworden; heute habe wir 69 Menschen abgeschoben. – Wenn das Ihre Leitkultur ist, ist das ganz klar nicht meine Leitkultur.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Mit so einer Kultur schaffen wir keine Integration in Bayern. Daran muss etwas geändert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Kamm. Bleiben Sie bitte am Pult. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich die Kollegin Mechthilde Wittmann gemeldet. Bitte schön, Frau Wittmann.

Mechthilde Wittmann (CSU): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegin Kamm, ich darf Ihnen mitteilen, dass der Bericht der Integrationsbeauftragten fertig ist. Er wird im Kabinett vorgestellt. Wir suchen, weil das die Geschäftsordnung bislang nicht vorsieht, ein Format, um ihn auch dem Landtag vorzustellen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin. – Frau Kamm, bitte schön.

Christine Kamm (GRÜNE): Ich freue mich sehr, dass es einen Bericht der Integrationsbeauftragten gibt, herzlichen Dank dafür! Ich möchte aber auch einen Bericht der Staatsregierung.

(Zuruf von der CSU)

– Die Staatsregierung ist nicht die Integrationsbeauftragte; da gibt es einen Unterschied. Ich erwarte, dass ein ganz klares Handlungsprogramm der Staatsregierung verabschiedet wird und wir davon unsere Integrationsmaßnahmen ableiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Kamm. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Weikert. Bitte schön, Frau Weikert.

Angelika Weikert (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zum eigentlichen Sachthema komme, werfe ich im Namen der SPD-Fraktion der CSU-Fraktion hier im Parlament einen Missbrauch der Geschäftsordnung vor.

(Beifall bei der SPD)

Wenn nach einfachem Zählen – so weit können wir das – nachweislich zehn Abgeordnete aus den Oppositionsparteien mehr im Raum sind als aus der Mehrheitspartei,

(Tobias Reiß (CSU): Hat die Präsidentin einen Missbrauch der Geschäftsordnung betrieben?)

hat man einen Geschäftsordnungsantrag, der von der Präsidentin sehr wohl als angenommen festgestellt wurde, auch zu akzeptieren.

(Beifall bei der SPD – Tobias Reiß (CSU): Das geht gar nicht während einer Rede! Das ist während einer Rede nicht möglich!)

Ich will dann auch aufhören und zum eigentlichen Thema kommen.

Frau Präsidentin, ich spreche Ihnen meinen ausdrücklichen Respekt aus. Sie haben sich sehr korrekt verhalten. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Tobias Reiß (CSU): Das Gegenteil ist der Fall!)

Jetzt komme ich zum Thema. – Kolleginnen und Kollegen, noch anwesende Mitglieder der Enquete-Kommission – einige mussten schon gehen –, ich möchte am Anfang meiner Ausführungen – ich habe nur noch knapp 7 Minuten – ein paar persönliche Eindrücke wiedergeben.

Ich war in diesen 28 Sitzungen, bis auf eine, praktisch immer vom Anfang bis zum Ende da. Nach einer stürmischen Anfangsphase und heftigen Sitzungen, bei denen die Kollegin Bause noch dabei war, hat sich bei mir in den Folgesitzungen der Kommission der Eindruck verfestigt, dass die Debatte und Diskussion von den Vertretern der CSU – ich spreche hier ausdrücklich die Abgeordneten an – lustlos geführt wurde. Ich bin höflich, wenn ich "lustlos" sage. Ich sage das nicht über die Experten, die von der CSU benannt wurden, sondern ausdrücklich über die Kolleginnen und Kollegen von der CSU.

Kollege Blume, der Chefstrategie der CSU, war so gut wie nie anwesend. Er hat seine Politik und seine Vorstellungen in Talkshows wiedergegeben und leider vieles außerhalb des Parlaments, aber eben nicht in der Enquete-Kommission diskutiert. Leider hat er letztlich nicht mit den, wie ausdrücklich gesagt wurde, wirklich namhaften und sehr exponierten Expertinnen und Experten diskutiert und dabei vielleicht seine Positionen auch auf den Prüfstand gestellt. Stattdessen wurde das, wie gesagt, außerhalb des Parlaments in Politik-Talkshows gemacht. Da hat sich eine Verrohung der Sprache eingestellt.

Ich kann an dieser Stelle nur auf das ZDF-Sommerinterview unseres Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier am Sonntag verweisen, der den erbittert geführten Asylstreit in der Union heftig kritisiert und vor einer Verrohung der Sprache gewarnt hat.

(Zuruf von der CSU)

Sein Appell lautete: "Wir müssen zurück zur Vernunft."

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, mein Eindruck ist und ich stelle fest: Wir haben eine große Chance versäumt, die die Enquete-Kommission gehabt hätte, wenn man sie ergriffen hätte. Für mich hätte diese große Chance darin bestanden, dass wir der Zivilgesellschaft, der aufnehmenden Gesellschaft, denjenigen, die als Helferinnen und Helfer unterwegs sind, denjenigen, die als Lehrer und Sozialpädagogen in den Kirchen und in den Verbänden aktiv sind, um Menschen, die bei uns Schutz und Hilfe suchen, zu integrieren, die Hand reichen. Wir haben ihnen viel zu wenig die Hand gereicht und letztlich die Zivilgesellschaft nicht in das eingebunden, was unsere politischen Leitlinien sein sollen. Ich spreche hier nicht von den so oft zitierten Handlungsempfehlungen, sondern eher von der Debatte, die außerhalb des Parlaments geführt wird.

Nur ein paar Beispiele: Die Unterzeichner der Resolution des 1. Fränkischen Asylgipfels zur Verweigerung von Ausbildungserlaubnissen haben geschrieben: "Das ist eine kurzsichtige und gefährliche politische Wendung zu unnötiger Härte gegenüber Menschen, die sich hier bereits gut integriert haben." Der Evangelische Landesbischof Bedford-Strohm zeigte sich in einem Interview vor wenigen Tagen "besorgt und traurig" über die Kompromisslosigkeit, mit der der Streit zwischen CDU und CSU geführt wird. Die Caritas, ein Ihnen sehr nahe stehendes Sozialunternehmen, warnt vor einem unwürdigen Umgang mit Flüchtlingen.

Kolleginnen und Kollegen, was ich mit diesen wenigen Zitaten – ich könnte 30 Minuten Redezeit damit ausfüllen – sagen will, ist das, was ich vorhin festgestellt habe: dass wir in dieser Enquete-Kommission nicht zu der Einsicht gelangt sind, dass wir, wie Sie, Kollege Huber, gesagt haben, das Ganze letztlich miteinander regeln und in unserer Gesellschaft etablieren müssen. Stattdessen wählen Sie, wie betont, außerhalb der Kommission eine harte Sprache. Damit holen Sie – ich sage es mal so – Geister aus

einer Flasche, von denen ich im Sinne dieses Parlaments und unserer Demokratie hoffe, dass wir sie im Herbst wieder einfangen können.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, ich will noch auf zwei Aspekte eingehen. Leider habe ich nicht mehr viel Redezeit. Ich muss das mit der Bleibeperspektive einfach noch mal klarstellen: Ein Bleiberecht hat jemand nicht erst dann, wenn ein rechtliches Verfahren dazu abgeschlossen ist. Ein rechtliches Verfahren ist mit der Zusendung eines Entscheids des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge noch nicht abgeschlossen, sondern es gibt dann – so sieht es unser Rechtsstaat vor – viele Möglichkeiten, dagegen Einspruch zu erheben usw. Das Thema der Bleibeperspektive ist also ein Kunstgriff, der keiner rechtlichen Begrifflichkeit Stand hält. Dieser Kunstgriff wird von Ihnen benutzt, um sich letztlich abzuschotten. Er wird dazu angewandt, ausgerechnet Menschen – Kollegin Kamm hat dazu gerade noch einmal Beispiele erwähnt –, die hier Integrationsleistungen erbracht haben und solche nach unserer Meinung auch bekommen sollten, die hier schon viel Vorleistung gebracht haben, nicht in den gesellschaftspolitischen Prozess einzufügen.

Was ich in diesem Zusammenhang sehr bedauerlich finde und was Kollege Huber sogar positiv herausgearbeitet hat:

(Abgeordnete Angelika Weikert spricht den Experten Hain (Bundesagentur für Arbeit) auf der Besuchertribüne an.)

– Sie von der Bundesagentur für Arbeit sind noch da. Sie haben uns eindringlich geschildert, wie aufnahmefähig der bayerische Arbeitsmarkt ist und wie wichtig und notwendig es wäre, Handwerkskammern und IHK mehr Möglichkeiten zu geben, um junge Flüchtlinge als Auszubildende aufzunehmen. Damit könnten sie, wie schon betont worden ist, das Integrationsgesetz und die 3-plus-2-Regelung ausfüllen.

Zwei Gedanken noch: Der Streit zwischen CDU und CSU hat eine positive Seite. Wir haben uns entschieden und es ist festgeschrieben, dass es noch in diesem Jahr ein Einwanderungsgesetz geben wird. Sie sprechen vom Fachkräftenachholgesetz oder wie auch immer Sie es nennen. Ich kann mich hier nur der Kollegin Kamm anschließen: Bitte schaffen Sie Möglichkeiten, um diejenigen, die schon einige Zeit da sind, die gut integriert sind und gute schulische Leistungen erbringen, in das Fachkräftenachholgesetz zu integrieren. Bitte schließen Sie diese Menschen nicht aus!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, darf ich Sie an die Zeit erinnern?

Angelika Weikert (SPD): Ich weiß, aber ich habe am Anfang auch etwas zur Geschäftsordnung – – Okay, ich muss schließen, ich weiß.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Es steht Ihnen frei, wozu Sie reden.

Angelika Weikert (SPD): Ich wollte das Zitat von Nida-Rümelin zurechtrücken. Ich verweise auf die Seite 237. Dort kann jeder nachlesen, was Nida-Rümelin im Original gesagt hat.

Ich werde dem neuen Parlament im Herbst nicht mehr angehören. Ich wünsche uns eine gute Zusammensetzung des Parlaments und hoffe, dass man sich in der bevorstehenden Wahlkampfzeit an den Appell unseres Bundespräsidenten hält, an seinen Aufruf zur Vernunft.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Als Nächster hat der Kollege Hanisch von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Dieser Integrationsbericht ist sicherlich ein ganz wesentliches

Stück, an das sich der Landtag in Zukunft halten kann oder auch nicht. Hierin haben wir zumindest die Meinungen festgeschrieben. Eine erfreuliche Tatsache ist, dass in vielen Bereichen einheitliche Voten abgegeben worden sind.

Ich persönlich möchte mich auf den Bereich "Kommunales" konzentrieren. Das ist zwar nur ein Bereich von vielen, aber Sie sehen, dass die FREIEN WÄHLER diesem Bereich sehr viel Bedeutung einräumen.

Meine Damen und Herren, als die Flüchtlingskrise auf dem Höhepunkt war und viele nicht mehr ein und aus wussten, wie die Probleme zu lösen sind und wie Integration überhaupt beginnen kann, haben die Kommunen in Bayern angepackt und ihre Aufgaben gesehen. Sie wussten, was zu tun ist, weil die kommunale Ebene seit Jahrzehnten Integration – gleich in welchem Umfang – betrieben hat. Die Bürgerinnen und Bürger und viele Organisationen haben gewusst, was zu tun ist, und haben den Bereich der Integration mit Leben erfüllt. Deshalb auch von unserer Fraktion ein herzliches Dankeschön an alle draußen an der Basis.

In der Einleitung zu diesem Bericht steht auch die Bedeutung der Kommunen. Aber spätestens dann, wenn man nachschaut, von wie vielen Handlungsempfehlungen die Kommunen betroffen sind, stellt man fest, dass es insgesamt 29 Handlungsempfehlungen sind. Nur bei sieben dieser Handlungsempfehlungen war man der gleichen Meinung, bei vier gab es Mehrheitsvoten der CSU, und bei 17 gab es Minderheitsvoten. Das zeigt eigentlich schon, dass hier sehr unterschiedliche Auffassungen bestehen, gerade dann, wenn es um diejenigen geht, die die Hauptaufgaben gemacht haben. Das stört mich ein bisschen an der ganzen Konstellation, weil ich meine, dass man hier der Verantwortung nicht gerecht geworden ist.

Bei Integration geht es auch darum, dass Geld fließt. Man hat die Kommunen lange allein gelassen. Erst nach und nach ist der Staat zu Hilfe geeilt, aber einige Bereiche sind heute nicht geregelt. Sie konnten auch in der Enquete-Kommission nicht geregelt werden. Eine sichere Finanzierung fehlt. Das Geld, das vom Bund an die Länder ge-

geben wird, wird gleichmäßig über den Finanzausgleich an die Kommunen verteilt, wohl wissend, dass es jede Menge Kommunen gibt, die keine Asylbewerber haben und die keine Flüchtlinge aufgenommen haben. Andere Kommunen hingegen haben jede Menge Flüchtlinge aufgenommen. Diesem Umstand wird man nicht gerecht. Wir fordern einen eigenen Topf, kein Geld aus den Mitteln des Finanzausgleichs, damit man all diesen verschiedenen Kriterien Rechnung tragen kann. Das geschieht leider Gottes nicht. Wir werden auch in der nächsten Legislaturperiode darum kämpfen müssen.

Personal- und Sachkosten der Kommunen werden derzeit den Kommunen überhaupt nicht erstattet. Das wird von den kommunalen Spitzenverbänden immer wieder gerügt. Das kann man nicht einfach im Raum stehenlassen. Auch da ist wieder diese Ungleichbehandlung von Kommunen, die eine Menge Leute aufgenommen haben, und anderer Kommunen, die niemanden aufgenommen haben. Das wird der Sache nicht gerecht. Für manche Kommunen, die wirtschaftlich nicht so gut gestellt sind, ist das wirklich ein ganz entscheidendes Problem.

Integration ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Diese Aufgabe muss auch gemeinschaftlich gelöst werden. Das Geld kann nicht nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden. Es ist vielmehr dorthin zu verteilen, wo die Aufgaben anfallen. Wir, die FREIEN WÄHLER, sind der Auffassung, dass zumindest ein zweckgebundenes Budget für die Kommunen gebildet werden muss. Auch das ist in einem Minderheitenvotum angeschnitten worden. Da waren sich alle Oppositionsparteien einig, aber es handelt sich nur um ein Minderheitenvotum.

Ich wünsche mir, dass die Integration auch in Zukunft in Bayern effektiv gestaltet werden kann und dass wir alle zusammen mithelfen. Dann ist das, glaube ich, eine dankbare Aufgabe, die mit Sicherheit bei einer vernünftigen Ausrichtung gelöst werden kann. Für die Zukunft ist es wichtig, dass wir uns dieser Aufgabe weiterhin widmen. Gut ist, dass wir jetzt Richtlinien haben, nach denen wir arbeiten können, und dass wir wissen, welche Meinungen die einzelnen Parteien vertreten haben. Wir müssen aber

versuchen, in allen Bereichen, zu denen es Minderheitenvoten gibt, in der nächsten Legislaturperiode weiterzuarbeiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich danke allen Beteiligten, die an der Erstellung dieses Berichts mitgewirkt haben. Im Übrigen ist alles gesagt. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.